

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal zzgl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postämtern, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Rottbuscherdamm 23 I.

Inserate
pro vierstellige Zeile 60 Pf., Stellengebühren 40 Pf.; für Verbandsmitglieder 40 Pf., Verbandsangehörigen 20 Pf. Privatangelegenheiten ist der Betrag beizufügen.

Nr. 38

Berlin, den 17. September 1910.

26. Jahrgang.

Vom 1. Oktober d. J. an befindet sich das Bureau des Vorstandes und der Redaktion und Expedition der „Buchbinder-Zeitung“ in **Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I**

Bekanntmachung des Vorstandes.

1. Mit Inkrafttreten des neuen Verbandsstatuts am 1. Oktober 1910 ändern sich die Sätze der Krankenunterstützung für die männlichen und weiblichen Mitglieder der zweiten Beitragsklasse in folgender Weise:

Nach Mitgliedschafts- und Beitragswochen	pro Tag	Höchstbetrag	Höchstdauer
	M.	M.	Tage
a) männliche Mitglieder:			
52	—,40	20,—	50
156	—,50	25,—	50
b) weibliche Mitglieder:			
52	—,40	20,—	50
156	—,50	25,—	50
260	—,60	36,—	60

Für den Uebergang von den alten zu den neuen Unterstützungssätzen gelten folgende Bestimmungen:

Mitglieder, die sich bis einschließlich 30. September krank gemeldet haben, erhalten die Unterstützung nach den Sätzen des alten Statuts bis zu dem dort vorgesehenen Höchstbetrag oder bis sie sich gesund melden.

Mitglieder, die sich vom 1. Oktober ab krank melden, erhalten die Unterstützung nach den neuen Sätzen. Solche Mitglieder, die bereits einen Teil der Unterstützung empfangen haben und nach dem 30. September sich erneut krank melden, erhalten — sofern sie nach den Sätzen des neuen Statuts nicht schon ausgereizert sind — den Restbetrag nach den neuen Sätzen bis zu dem vorgesehenen Höchstbetrag.

2. Weiter hört mit dem 1. Oktober die **fakultative Beitragsleistung für die Invalidenunterstützung** für die Mitglieder der 4. Beitragsklasse auf. Die Beitragskarten sind deshalb nach dem 1. Oktober an die Zahlstellen- bzw. Kaufassistenten abzuliefern. Dabei ist jedoch Bedingung, daß vom Tage der Gültigkeit der Beitragskarte bis zum 1. Oktober nicht mehr Marken geklebt sind, als wie der fragliche Zeitraum Wochen ausmacht; weniger Marken können jedoch geklebt sein und ist dies ein Hinderungsgrund für die Annahme der Karten nicht.

Ueber die Gesamtzahl der bis einschließlich 30. Woche 1910 geleisteten Beiträge wird eine Bescheinigung erteilt, die ins Mit-

gliedsbuch eingeklebt, mit diesem sorgfältig aufbewahrt werden muß.

Den Mitgliedern der 3. Beitragsklasse steht es frei, Invalidenbeiträge zu leisten, sie sind dabei aber verpflichtet, neben jedem Verbandsbeitrag auch eine Invalidenmarke à 15 Pf. in die Beitragskarte zu kleben. Die bisher im Gebrauch befindlichen Beitragskarten können auch fernerhin verwendet werden. Es werden jedoch ab 1. Oktober neue Marken ausgegeben; der Versand derselben erfolgt nur an solche Zahlstellen und Gaue, die sie besonders bestellen.

3. Der mit den ausländischen Buchbinderverbänden vereinbarte **neue Gegenseitigkeitsvertrag** kann nicht, wie in Aussicht genommen war, am 1. Oktober d. J., sondern erst am 1. Januar 1911 in Kraft treten. Die bisher für die in Deutschland reisenden Mitglieder der ausländischen Verbände und die von diesen in unseren Verband übergetretenen Mitglieder geltenden Bestimmungen bleiben deshalb bis zum 1. Januar n. J. unverändert in Gültigkeit.

4. Für die **Protokolle des 11. Verbandstages** haben eine ganze Reihe Gau- und Zahlstellenverwaltungen Bestellungen noch nicht ausgegeben. Um den Versand, der voraussichtlich im Laufe der kommenden Woche erfolgen kann, einheitlich bewirken zu können, ersuchen wir die noch ausstehenden Bestellungen schnellstens, und zwar möglichst bis zum 20. d. M., hierher gelangen zu lassen.

5. Eine **Erhöhung des Lokalbeitrages** für die Mitglieder der 3. und 4. Beitragsklasse von 5 auf 10 Pf. pro Woche ist von der **Zahlstelle Chemnitz** beschlossen und unsererseits genehmigt worden. Der erhöhte Lokalbeitrag wird vom 1. Oktober ab erhoben.

Der **Verbandsvorstand.**

Der christlich-graphische Verband.

Das stark organisierte Unternehmertum verlangt als Gegengewicht große leistungsfähige Arbeiterorganisationen, wenn nicht eine totale Verschiebung der Wirtschaftslage eintreten soll, die den Arbeiter auf ein der mittelalterlichen Hörigkeit verzweifelt ähnliches Niveau herabdrückt. Von dieser Erkenntnis durchdrungen, hat es ein großer Teil der Angehörigen der besitzlosen Klasse verstanden, sich in den freien Gewerkschaften zu einem mächtigen Schutzwall gegen solche Gefahren und zu einem festen Kampfbündnis für eine endgültige Besserstellung der Rassen der heutigen, bekannlich „gottgewollten“ Gesellschaftsordnung zusammenzufinden. Das gegenseitige Wirken dieser freien Gewerkschaften wird von den Angehörigen derselben voll anerkannt, und nur die Gegner versuchen alles, diese Ueberzeugung — selbst unter Zuhilfenahme untauglicher Mittel — zu untergraben. Zu denjenigen, die gerade letztere immer häufiger anwenden, gehören die zur Zersplitterung der Kräfte des Proletariats gegründeten christlichen Gewerkschaften. Doch auch diese vermögen nicht den Siegeszug der freien Gewerkschaften aufzuhalten, so große Anstrengungen sie auch machen. Trotzdem sie so überaus „würdige“

Zutreiber in der Geisteslichkeit haben, bilden sie doch eine nennenswerte Gefahr für uns freie Gewerkschafter nicht. Das lehrt uns — trotz der Zutreiberdienste einer Institution, die über den Parteien stehen soll — die Entwicklung dieser Gewerkschaften. Soweit das für die Zwitterorganisation unseres Berufes zutrifft, mag das in den nachfolgenden Zeilen darzulegen werden. —

Die christlichen Gewerkschaften sind politisch vollständig neutral. Mit viel Lungenkraft und Druderschwärze ist doch diese Behauptung schon aufgestellt worden, allerdings, ohne daß sie dadurch wahr geworden wäre. Auch der christlich-graphische Verband schwimmt mit Wohlmut in dem neutralen Wässlein, aber kein Mensch glaubt ihm. Das ist gewiß bitter. Noch unangenehmer aber wird es ihm sein, daß der (ultramontane?) „Regensburger Anzeiger“ den Bericht von seiner Generalversammlung unter „Politische Ueberflucht“ — und zwar gar an erster Stelle — brachte. Aus dem Bericht selbst ist herzlich wenig zu ersehen, und wer über das Wirken dieser Organisation etwas Näheres wissen will, der muß schon das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ zu Hilfe nehmen. Nach diesem zählte der Verband am Schlusse des Jahres 1909 in 50 Ortsgruppen 1462 Mitglieder. Am Schlusse des Jahres 1908 zählte der Verband — auch 1462 Mitglieder. Eine Mitgliederzunahme ist also nicht zu verzeichnen. Im ersten Quartal des laufenden Jahres hat er sogar mit einer Abnahme von 10 Mitgliedern zu rechnen. Unser Buchbinderverband nahm in diesem Quartal um 1340 Mitglieder zu. Am Schlusse des Jahres 1906 zählte der christliche Verband 1415 Mitglieder, der Buchbinderverband 20471. Am Schlusse des ersten Quartals dieses Jahres zählte der christliche Verband 1452 Mitglieder, der Buchbinderverband aber 25254. In diesen 4 1/2 Jahren nahm der christliche Verband um ganze 37 Mitglieder, der Buchbinderverband um 4783 zu. Die Mitgliederzahl des christlichen Verbandes stieg um 2,6 Proz., die des Buchbinderverbandes um 23,4 Proz. Am Schlusse des Jahres 1906 verhielt sich die Mitgliederzahl des christlichen Verbandes zu der des Buchbinderverbandes wie 1 zu 14,4, am Schlusse des ersten Quartals des laufenden Jahres wie 1 zu 17,5. Der einem Rückgang gleichquadratische Stillstand der Christlichen in bezug auf die Mitgliederzahl ist also offensichtlich.

Die Angaben des christlichen Verbandes über seine Mitgliederzahl haben uns jedoch noch stets die berechtigtesten Zweifel eingeflößt. So auch diesmal wieder. Nach dem Statut des Verbandes müssen alle im Unterstützungsbezug stehenden Mitglieder ihren regulären Beitrag entrichten, so daß es der gesamten beitragsfreien Wochen im genannten Verband nur sehr wenige sein werden und man nicht fehl gehen wird, wenn man diese pro Mitglied auf zwei einschätzt. Nach dem Statut verbleiben weiter von jedem Beitrag 5 Pf. der Lokalkasse. Diese nahm im Jahre 1909 3354 Mk. ein, was einer Leistung von 67080 Beiträgen entsprechen würde. Bei einer Leistung von 50 Beiträgen pro Mitglied und Jahr müßten wir jedoch nicht, wie uns der Bericht sagt, mit 1454, sondern nur mit 1342 Mitgliedern zu tun haben. Wären im Jahresdurchschnitt 1454 Mitglieder vorhanden, dann hätte jedes Mitglied nur 46 Beiträge geleistet, was im Hinblick auf die erwähnte Bestimmung im Statut als recht ungläubwürdig erscheint. Weiter zeigt uns eine einfache Berechnung, daß sich bei 21094 Mk. Einnahme an

Beiträgen und 67 080 geleisteten Beiträgen der Durchschnittsbetrag eines Beitrages auf rund 31 Pf. stellt, ja unter Ausschaltung der weiblichen Mitglieder und der von diesen geleisteten Beiträge erreicht der Durchschnittsbetrag nur eine Höhe von 32 Pf. Wenn man nun weiß, daß der niedrigste Beitrag für männliche Mitglieder 35 Pf. beträgt, daß nach dem Statut nur in Ausnahmefällen ein Steuern in die 25 Pf.-Klasse zulässig ist, dann wird man über diese Fundierung des christlichen Verbandes nur den Kopf schütteln können. Und das ein numerisch schwacher Verband auch der leistungsfähigere ist, bedarf keines Wortes weiter.

Der christlich-graphische Verband hatte eine Gesamteinnahme von 23 926 Mk., eine Gesamtausgabe von 22 689 Mk. Der Kassenbestand belief sich auf 12 732 Mk. Ausgegeben wurden für Streiks- und Gemafregelungenunterstützung 5333 Mk., für Arbeitslose 2561 Mk., für Kranke 2158 Mk., für sachliche und persönliche Verwaltung 3659 Mk. Das Organ „Graphische Stimmen“ kostete 2916 Mk., die Agitation beanspruchte 1678 Mk., die Lokalfasse erhielt 3354 Mk. Lohnbewegungen usw. führte der Verband im Jahre 1909 angeblich 11 mit 378 beteiligten Personen. Darunter befanden sich zwei Angriffsstreiks mit 82 Beteiligten. Vorteile will der Verband erzielt haben: für 260 Mitglieder eine Lohnserhöhung von 1,70—2 Mk. und eine Arbeitszeitverkürzung von je 3 Stunden pro Woche für 98 Mitglieder.

Ueber die Generalversammlung des Verbandes diene folgender der Tagespreise entnommene Bericht zur Orientierung:

„Die 3. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Arbeiter und Arbeiterinnen in den graphischen Gewerben und der Papierbranche tagte am 14. und 15. August in Münster i. W. Aus dem gedruckt vorliegenden und vom Zentralvorstand erläuterten Geschäftsbericht geht hervor, daß innerhalb der Berichtszeit (1. April 1908 bis 1. April 1910) der Verband wohl nur eine geringe Mitgliederzunahme zu verzeichnen hatte, sich aber innerlich bedeutend gestärkt, weiter entwickelt hat. (!) Der Mitgliederbestand betrug am 1. April 1908: 1367 und am 1. April 1910: 1452. Da während der Berichtszeit 689 gebührenpflichtige und 254 gebührenfreie, insgesamt 943 Aufnahmen gemacht wurden, ist die Fluktuation eine sehr beträchtliche gewesen. Zahlstellen und Vertrauensmannschaften waren 50 vorhanden, gegenüber 44 bei Beginn der Berichtszeit. Der Verband hat sich eifrig um die Besserstellung der Lage seiner Mitglieder bemüht und ist an 27 Tarifverträgen beteiligt. An Lohnserhöhung wurden 52 814 Mark und an Arbeitszeitverkürzung 24 288 Stunden pro Jahr erzielt.

Die Gesamteinnahmen betragen 45 991,91 Mk., die Gesamtausgaben 42 523,48 Mk. Das Verbandsvermögen betrug am 1. April 1910: 16 727,64 Mk. Für Lohnbewegungen und Streiks wurden 3583 Mk., für Maßregelung 3379,34 Mk., für Arbeitslosenunterstützung 5440,82 Mk., für Krankenunterstützung 4323,79 Mk. und für sonstige Unterstützungen 594,54 Mk. verausgabt. Das Organ nebst Fachbeilage erforderte eine Ausgabe von 5551,22 Mk. usw.

Die Generalversammlung nahm die vom Zentralvorstand ausgearbeiteten Satzungen für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren nach einem vom Verbandsvorstand erstatteten Referat über Jugendorganisation einstimmig an. Die jugendlichen Mitglieder erhalten ein erhöhtes Krankengeld im Krankheitsfalle, und bei Erreichung der Vollmitgliedschaft erhalten sie bei einem wöchentlichen Beitrag von 10 Pf. die Hälfte und bei 25 Pf. Beitrag die Gesamtzahl der Beiträge in derjenigen Klasse angerechnet, in welcher sie nach dem Uebertritte zu Steuern verpflichtet sind.

Der Verbandstitel hat folgende Fassung erhalten: „Graphischer Zentralverband“ mit dem Untertitel: dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angegeschlossen. Die Beitragsfrage ist wie folgt bestimmt: 1. Kl. 90 Pf., 2. Kl. 60 Pf., 3. Kl. 45 Pf., 4. Kl. 35 Pf. und die 5. Kl. für Arbeiterinnen 25 Pf. In der 4. Klasse dürfen nur solche männlichen Mitglieder steuern, die unter 18 Mk. verdienen. Bei den Unterstützungsarten wurde neu eingefügt, daß invalide Arbeiter, desgleichen Arbeiterinnen, welche durch Heirat dem Berufe nicht mehr nachgehen, sich das Sterbegeld und Organ durch Zahlung eines Monatsbeitrags in der Höhe des Wochenbeitrages sichern können. Ferner wurde der Zentralvorstand mit der weiteren Anstellung eines Agitationsbeamten

beauftragt. Der bisherige Zentralvorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

Das Letzte trifft nicht zu, denn wie die „Graphischen Stimmen“ berichten, ist der jetzige 2. Vorsitzende, derselbe, der vor kurzem versucht haben soll — nachträglich wurde „Fatum der Firma“ vorgeschützt — als Betriebsleiter, die Ferien der Gehilfen von 3 auf 2 Tage herabzusetzen, nicht wiedergewählt worden.

Neuerst interessant und ansehend auf Bauernfängerei berechnet ist die Aenderung des Titels des Verbandes. Aus dem bescheideneren „Zentralverband der christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in den graphischen Gewerben und der Papierbranche“ ist jetzt der vollkommene „Graphische Zentralverband“ geworden. Anscheinend ist das Wort „christlich“ so in Mißkredit geraten und mit den Handlungen der Christen so wenig in Einklang zu bringen, daß eine Streichung desselben am Platze war. Sodann aber wird man bezweifelnd, mit diesem hochtrabenden Namen Uneingeweihte irre zu führen. Aber gerade der in dieser Firmenänderung zum Ausdruck gekommene Größenwahn zeigt dazu an, einige Gegenüberstellungen zu machen, die die rechte Bedeutung des Verbandes mit dem hochtrabenden Namen aufzeigen werden.

Von den geleisteten Beiträgen flossen in Form von Unterstützungen aller Art an die Mitglieder zurück beim

Christlichen Verband	Buchbinder-Verband
1909 10 252 Mk.	230 129 Mk.
1906/9 23 997 „	1 322 041 „

Das ist pro Kopf berechnet beim

Christlichen Verband	Buchbinder-Verband
1909 7,01 Mk.	9,63 Mk.
1906/9 16,72 „	59,58 „

Für Streiks, Lohnbewegungen, Maßregelungen und Rechtsschutz wandte auf der

Christliche Verband	Buchbinder-Verband
1909 5 419 Mk.	25 994 Mk.
1906/9 9 274 „	771 730 „

Das ist pro Kopf berechnet beim

Christlichen Verband	Buchbinder-Verband
1909 3,70 Mk.	1,09 Mk.
1906/9 6,46 „	34,78 „

Für Arbeitslosen-, Reise-, Sinterbliebene- (Sterbe-) und sonstige Unterstützungen (mit Ausnahme der Unterstützung bei Streiks, Lohnbewegungen, Maßregelungen und Rechtsschutz) wandten auf der

Christliche Verband	Buchbinder-Verband
1909 4 833 Mk.	204 135 Mk.
1906/9 14 723 „	550 311 „

Das ist pro Kopf berechnet beim

Christlichen Verband	Buchbinder-Verband
1909 3,31 Mk.	8,54 Mk.
1906/9 10,26 „	24,80 „

Dagegen hatte Verwaltungskosten (persönliche und sachliche) der

Christliche Verband	Buchbinder-Verband
1909 3 659 Mk.	45 212 Mk.
1906/9 13 061 „	158 756 „

Das ist pro Kopf berechnet beim

Christlichen Verband	Buchbinder-Verband
1909 2,50 Mk.	1,90 Mk.
1906/9 9,10 „	7,15 „

Das gesamte Verbandsvermögen betrug beim

Christlichen Verband	Buchbinder-Verband
Ende 1909 15 862 Mk.	549 475 Mk.

Das ist pro Kopf berechnet beim

Christlichen Verband	Buchbinder-Verband
1909 10,91 Mk.	24,29 Mk.

Vom gesamten Verbandsvermögen befand sich in der Hauptfasse pro Kopf berechnet beim

Christlichen Verband	Buchbinder-Verband
1909 8,67 Mk.	17,05 Mk.

Nach dem Studium dieser Gegenüberstellungen kann es nicht schwer sein, zu entscheiden, welcher Organisation sich ein Arbeiter oder eine Arbeiterin unseres Berufes anschließen soll. Es ist zu unserem Bedauern infolge der mangelhaften Angaben des christlichen Verbandes nicht möglich, einen Vergleich zu bringen über die erzielten Erfolge der Organisationen. Die Angaben der Christlichen reichen hierzu nicht aus und andererseits sind sie auch so fragwürdig Natur, daß jede Gegenüberstellung unterbleiben muß. Die obige, für unseren Buchbinder-

verband so überaus günstigen Resultate der Vergleiche sind keine besondere Erscheinung nur in unserem Berufe. Die freien Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit schneiden in gleich günstiger Weise ab. Hierfür nur wenige Zahlen.

Es hatten Mitglieder im Jahresdurchschnitt 1909:

die freien modernen Gewerkschaften	1 832 667 Mt.
die christlichen Gewerkschaften	270 751 „
die Christlich-Dunkerische Gewerksvereine	108 028 „

Es zählten aus im Jahre 1909 an Arbeitslosen- und Reiseunterstützung:

Zentralverbände	insgesamt	pro Kopf
Christlich-Dunkerische Gewerksvereine	9 719 757 Mt.	5,33 Mt.
Christliche Gewerkschaften	357 321 „	8,52 „
Christliche Gewerkschaften	195 536 „	1,05 „

Für Rechtsschutz, Krankengeld, Invalidenunterstützung, Umzugsunterstützung usw. zählten 1909 aus:

Zentralverbände	21 114 446 Mt.	11,52 Mt.
Christlich-Dunkerische Gewerksvereine	438 172 „	4,06 „
Christliche Gewerkschaften	1 214 450 „	4,49 „

Für Aussperrungen, Streiks und Gemafregelungenunterstützung zählten 1909 aus:

Zentralverbände	7 979 115 Mt.	4,35 Mt.
Christlich-Dunkerische Gewerksvereine	148 228 „	1,37 „
Christliche Gewerkschaften	489 023 „	1,80 „

Zahlen reden, und diese Aufstellungen sagen jedem denkenden Arbeiter ohne weiteres, daß er nur in den freien Gewerkschaften die zweckmäßigste Vertretung seiner Interessen zu suchen hat, und unsere Berufsgenossen mögen selbst entscheiden, welchem Verbande sie die Förderung ihrer Interessen anvertrauen können. Ein jeder wird finden, daß zur Vertretung der Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen unseres Berufes nur der Deutsche Buchbinderverband berufen ist.

Bericht vom Goutag des Gaus 10.

Abgehalten am 28. August in Düsseldorf.

Der Gauleiter Kollege Grönhoff eröffnete den rechtzeitig einberufenen Goutag und wünscht, daß ihm ein guter Erfolg beschieden sein möge. Von 20 Zahlstellen sind 30 Delegierte, darunter zwei Kolleginnen, anwesend, außerdem der Gauvorstand, zwei Delegierte der Einzelmitglieder und eine große Anzahl Gäste von Düsseldorf und anderen Zahlstellen. Gelsenkirchen und Neuwied waren nicht vertreten. Gewählt wurden zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten Grönhoff-Eberfeld und Ernst-Düsseldorf, zu Schriftführern Mebler-Eberfeld und Niebel-Duisburg, außerdem zur Prüfung der Mandate eine aus drei Mitgliedern bestehende Kommission.

Zum Punkt 1 der Tagesordnung: Bericht des Gauvorstandes, ergreift der Gauleiter Kollege Grönhoff das Wort und bemerkt er, unter Hinweis auf den im Jahresbericht des Verbandsvorstandes von 1909 veröffentlichten Bericht des Gauleiters, daß der mündliche kurz gefaßt sein und sich auf die Hervorhebung des statistischen Materials beschränken könne.

Nach den Jahresabschlüssen stellte sich die Mitgliederbewegung im Gau, wie folgt:

1907: 18 Zahlstellen mit 864 männliche und 149 weibliche, zusammen 1013 Mitglieder.
1908: 19 Zahlstellen mit 862 männliche und 108 weibliche, zusammen 1034 Mitglieder.
1909: 20 Zahlstellen mit 941 männliche und 108 weibliche, zusammen 1049 Mitglieder.
1910 (1. 4.): 20 Zahlstellen mit 978 männliche und 126 weibliche, zusammen 1104 Mitglieder.

Die sich bessernden Wirtschaftsverhältnisse haben in der Mitgliedersteigerung des Jahres 1910 bereits ihren Ausdruck gefunden. Außer den Zahlstellenmitgliedern waren im Jahre 1907 noch 53 männliche Einzelmitglieder, am 1. April 1910 dagegen deren 140 vorhanden, darunter 47 Kolleginnen. Demgegenüber ist aber hervorzuheben, daß die Zahl der noch unorganisierten Berufsgenossen ungemain groß ist. In Rheinland-Westfalen gibt es 2068 Buchbindereien mit 10 862 Personen und 312 Kartonnagefabriken mit 3461 Arbeitern und Arbeiterinnen, das sind insgesamt 2380 Betriebe mit nicht weniger denn 14 823 Personen, die zum größten Teil organisationsfähig und nur zum kleinsten Teil organisiert sind. Während der Berichtszeit — bis zum Stattfinden des Goutages — wurden vier Zahl-

stellen neu gegründet; zuletzt am 1. Mai die Zahlstelle M.-Glabach, die gleich über 100 Mitglieder zählte. Die Hauptarbeit dortselbst ist aber nicht von den eigenen Kollegen, sondern von den Buchdruckern geleistet worden, denen der Berichterstatter für die anerkanntswürdige Mitarbeit den Dank der Kollegenschaft ausspricht.

Der Gauleiter hat an 148 Versammlungen, 49 Bezirksvers., 163 sonstigen Sitzungen und Besprechungen teilgenommen; er war bei 40 Revisionen anwesend und hat 109 Sitzungen und Verhandlungen mit Prinzipalen geführt. Durch diese Veranstaltungen war er in den drei Jahren zusammen 310 Tage auswärts tätig. Die Agitationskosten im Gau, soweit die Leitung in Frage kommt, betragen 1907 612,10 M., 1908 567,50 M., 1909 883,30 M. und 1910 bis jetzt 451,90 M. Aus diesen Zahlen kann man ersehen, wie irrig die in den Kollegenkreisen zum Ausdruck gekommene Ansicht ist, daß der Gauleiter durch seine Tätigkeit für die Zahlstelle Wannen-Eberfeld zu sehr in Anspruch genommen werde und seine Gautätigkeit deshalb vernachlässigen müsse. Es sei auch nicht zu vergessen, daß die genannte Zahlstelle durch den Vorortssitz und infolge der Vertretungen für den abwesenden Gauleiter mehr Arbeit bekomme, so daß im Grunde genommen die Uebernahme der Kassengeschäfte weiter nichts als einen Kräfteausgleich bedeute. Die durchschnittlich im Jahre 100 Mitglieder betragende Zunahme des Verbandes im Gau 10 ist keine solche, wie man sie eigentlich erwünschen könnte. Die Schuld liegt mit an dem schlechten Zusammenwirken der Kollegen in den einzelnen Zahlstellen, in denen persönliche Streitigkeiten eine große Rolle spielen und die Arbeitsfreudigkeit der Leitung herabmindern. Weiter ist festzustellen, daß im Gau 10 noch ein sehr großes Agitationsfeld vorhanden ist, demzufolge die Lohnbewegungen ein sehr eigenartiges Gepräge tragen. Trotzdem können wir mit unseren Bewegungen zufrieden sein, haben wir doch im Grunde genommen recht gute Erfolge errungen. Mit dem Vierstättentarif haben wir allerdings Schiffsbruch erlitten, auch die Bestimmungen des Dreistättentarifes umfassen leider nicht die große Masse der ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen, weil diese Gruppen nicht genug organisiert waren. Nach der erfolgreich durchgeführten Kreuzer Lohnbewegung sind eine ganze Anzahl Mitglieder wieder abgeprungen. Die wahrscheintliche Ursache ist, daß heute noch trotz der Bestimmungen des § 11 des Streikreglements Unterstützung unterstellt werden, welche eben erst dem Verbands beizutreten sind, wodurch bedauerlicherweise selbst ältere Mitglieder mit dem Bemerken, im Streikfalle doch Unterstützung zu erhalten, austreten. Notwendig sei auch, die weiblichen Berufsangehörigen mehr wie bisher dem Verbands zuzuführen.

Gegen das Mandat des Kollegen Köhr hatte die Zahlstelle Hserloh ein nicht genügend begründeten Protest eingereicht. Das Mandat wurde darum für gültig erklärt. Ebenso 4 weitere Mandate, die formale Mängel aufwiesen.

Nach der Mittagspause wurden zunächst die Berichte der Delegierten entgegengenommen.

Schäfer-Wonn berichtet über erfreuliche Erfolge. Auch die Christlichen haben Fortschritte gemacht. In Dortmund sind nur noch wenig Unorganisierte vorhanden. Schwer sei die Heranziehung der Kollegen infolge des häufigen Berufswechsels. Doch haben sich Erfolge in der letzten Zeit durch Hausagitation eingestellt. Die größte Firma am Orte, Ruffus, versucht, die Buchbinder — zunächst die organisierten — durch Arbeiterinnen zu verdrängen, die sehr schlecht entlohnt werden. Aus Solingen-Malw wird mitgeteilt, daß die Verhältnisse dort nicht besonders günstig gelagert sind. Zu konstatieren sei, daß sich Berliner Kollegen nach dort für 22 M. angeboten haben. Es sind viele Mädchen beschäftigt, von denen nur eine organisiert ist. Dennert-Hamm nennt die dortigen Zustände schlechte, während Dreger-Köln über die geringe Anteilnahme der Mitglieder an der Verbandsarbeit Klage führt. Die im Vorjahre eingeleitete Hausagitation habe dadurch auch nicht die erhofften Erwartungen voll erfüllt. Der Minimallohn von 27 M. wird eingehalten. In Köln sind 1300—1400 Berufsangehörige vorhanden.

Maves-Machen hebt hervor, daß nach der Lohnbewegung durch Fehler einiger Funktionäre die Mitgliederzahl zurückgegangen sei. Die Krisis wird wohl überstanden sein und eine Besserung jetzt eintreten. Der christliche Verband hat dort in nur 15 Mitgliedern. Von Düsseldorf berichtet Ernst erfreuliches. Die Hirsch-Dunderländer haben nur in einem Betriebe noch wenige Mitglieder, außerdem zwei eingestehende. Die Lokalfasse ist durch große Sparfameit auf 748,10 M. gebracht worden. In außerordentlichem Maße hat sich 1909 die Krise bemerkbar gemacht. Seit 1907 sind 407 M. an lokaler Krankenunterstützung gezahlt worden. In Krefeld ist die Lohnbewegung

durch die großen Warenlager, welche sich die Unternehmer gesichert hatten, sehr beeinflusst worden. In der letzten Zeit wurden durch die Hausagitation erfreuliche Erfolge erzielt. Scholz-Lüdenfeld bemerkt, daß die Löhne dort schlecht, die Arbeitszeit lang, die Verhältnisse durchaus verbesserungsbedürftig seien. Von Duisburg wird berichtet, daß der große Zahlstellenbereich und der Mangel an Großbetrieben die Agitationsarbeit sehr erschweren.

Schroder-München-Glabach macht die mit Beifall aufgenommene Mitteilung, daß die Organisation dort gute Fortschritte gemacht hat. In einem Betriebe seien 50 Verbandsmitglieder. Er hofft, daß in Jahresfrist dort kein Buchbinder mehr unorganisiert ist. In Gummersbach verhindern die patriarchalischen Verhältnisse ein schnelles Fortschreiten der Organisation, während Göttingen-Düren berichten kann, daß unsere Arbeit dort gut aufklärend gewirkt habe. (Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

Gesperrt sind:

- Deutschland:**
- Eisenberg (Etnisarbeiter);**
- Hamburg-Altona (Buchbinder und Arbeiterinnen);**
- Rathenow (Etnisarbeiter);**
- Nürnberg-Fürth (Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen, Buchbinder, Träger und Trägerinnen usw.);**
- München: die Heiligenbilderfabrik von J. Müller;**
- Breslau: die Firmen Gebauer, Fiebig und Schröter;**
- Dortmund: die Firma Ruffus.**

- Belgien:**
- Turnhout (Papierarbeiter).**
- Oesterreich:**
- Wien (Buchbinder und Arbeiterinnen);**
- Graz (Buchbinder und Arbeiterinnen);**
- Reichenberg (Buchbinder und Arbeiterinnen);**
- Troppan (Buchbinder und Arbeiterinnen);**
- Warnsdorf (Buchbinder und Arbeiterinnen);**
- Görz: die Firma Giovanni Logar.**

- Schweiz:**
- Arbon: die Firma A. W. Heine, Siederereigenschaft;**
- Korfbach: die Firma Feldmühle, Siederereigenschaft.**

- Ungarn:**
- Sämtliche Provinzorte.**

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Hannover;**
- Osnabrück;**
- Potsdam-Rowawes.**

In Eisenberg und Rathenow ist der Stand der Bewegungen noch unverändert. Beide Orte sind strengstens gesperrt.

Stolberg bei Aachen. Bei Stellenangeboten nach Stolberg ist vorher beim Bevollmächtigten in Aachen Erkundigung einzuziehen.

Eisenberg. Den Herren Etnisfabrikanten scheint das Feuer auf den Nägeln zu brennen, wenigstens kann man dies aus den bezweifelten Anstrengungen einzelner der Herren schließen, die sie machen, um wieder zu einem kleinen Teile ihres früheren Personals zu kommen. Es ist ihnen nämlich ganz besonders auf die Nerben gegangen, daß gleichzeitig mit den Kollegen und Kolleginnen, oder doch nur wenige Tage später, auch 5 Bezirksführer, 2 Gehilfen und 5 Arbeiterinnen die Arbeit verlassen, mit denen besondere Verträge abgeschlossen waren, in denen eine sechsmonatige Kündigungsfrist vereinbart war. Und nachdem sie nun sehen, daß die Bewegung länger dauert, als sie von vornherein anzunehmen gewillt waren, rennt man zum Gewerbegericht, um durch ein Urteil desselben entweder zu den kontraktbrüchigen Leuten oder zu einer nicht zu kleinen Schadenersatzsumme zu kommen.

Soweit dabei Werkführer in Betracht kommen, wollen wir nicht bezweifen, daß wir persönlich auf dem Standpunkte stehen, falls deren Beteiligung am Streik notwendig erscheint, auch die gesetzmäßige Kündigungsfrist eingehalten werden muß. Deshalb haben wir uns auch bei den die Werkführer be-

treffenden Klagen keine besonderen Anstrengungen geleistet, denn der Liebe Mühe wäre ja doch umsonst gewesen, und wenn wir an dieser Stelle auf diese Klagen zurückkommen, so deshalb, weil es uns angemessen erscheint, einige Verträge der öffentlichen Kritik zu unterbreiten, die unseres Ermessens gegen die guten Sitten verstoßen, obwohl das Gewerbegericht diesen Einwand nicht als stichhaltig anerkannt hat. Der eine Vertrag lautet:

Zwischen dem Etnisfabrikanten Herrn hier, und dem Etnismacher Herrn hier, ist heute folgendes vereinbart worden.

Herr stellt Herrn als Werkführer für seine Fabrik an, zunächst für einen Wochenlohn von 26 M., die Beiträge für Kranken- und Invalidenversicherung trägt Herr allein.

Die Kündigung kann nur 6 Wochen vor Quartalschluß erfolgen, also am 15. Februar, Mai, August oder November und verpflichtet sich Herr zur getreulichen Einhaltung der vorstehend erwähnten Kündigungsfristen. Sämt Herr diese Termine nicht ein, so ist derselbe verpflichtet, 300 Mark Strafe zu zahlen.

Herr darf ohne Genehmigung des Herrn am hiesigen Platze keine andere Stellung als Werkmeister annehmen.

Herr verpflichtet sich zur unbedinglichen Wahrung des Geschäftsgeheimnisses und verspricht, die Interessen des Herrn getreulich wahrzunehmen. Eine Verhinderung vor Beginn der Arbeitszeit morgens anwesend zu sein und alle einem Werkmeister zuzustellenden Arbeiten und Verpflichtungen in einwandfreier Weise zu erfüllen.

Herr verspricht Herrn bei befriedigenden Leistungen baldige Steigerung seines Einkommens, sowie eine Gratifikation zu Weihnachten in Höhe von wenigstens dem doppelten Wochenlohn.

Dieser Vertrag hat bis 1. April 1911 Wirksamkeit und ist mit dem Einverständnis der beiden Vertragschließenden zu erneuern.

Eisenberg, Thür., den 1. April 1910. Unterschriften.

Kommentar überflüssig kann man hier sagen und höchstens in Zweifel darüber geraten, über was man sich am meisten wundern soll, darüber, daß es Fabrikanten wagen, einem Manne einen solchen Vertrag anzubieten, oder darüber, daß die Naivität eines Menschen soweit geht, daß er einen solchen Vertrag als für sich rechtsverbindlich anerkennt.

In einem anderen Vertrage heißt es u. a.:

Ich verpflichte mich — neben seiner Hilfsarbeit — die Arbeiten der in Büchel anzustellenden Seimarbeiter und Seimarbeiterinnen zu beaufsichtigen und zu kontrollieren, die Arbeit herauszugeben und für schnelles Wiederabflußen Sorge zu tragen, den zu mielenden Raum, das zugehörige Mobiliar und die Werkzeuge und Materialien, die uns ebenfalls gehören, in Stand und in Ordnung zu halten und für richtige wöchentliche Auszahlung der Löhne Sorge zu tragen.

Als Vergütung hierfür zahlt die Firma dem wöchentlich 3 M. neben seinem Arbeitslohn.

Als Sicherheit für Unregelmäßigkeiten und für genaue Einhaltung dieses Vertrages, insbesondere was § 2, 3, 5, 6 und 8 anbetrifft, stellt der Firma eine Kaution von zweihundert Mark, welcher Betrag von der Firma mit 4 Proz. verzinst wird.

Es gewinnt den Anschein, als ob der Abschluß solcher „Verträge“ zu einem wahren Anflug geworden ist, wie wir namentlich auch weiter unten sehen werden und wir haben deshalb ein begründliches Interesse daran, hier ausdrücklich festzustellen, daß Mitglieder der Organisation im eigenen Interesse verpflichtet sind, den etwa abzuschließenden Vertrag vor Leistung der Unterschrift der Organisationsleitung vorzulegen. Doch nun zurück zu unseren weiteren Gewerbegerichtsklagen.

Ganz besonders schlau glaubte die Firma Marie Geißler zu sein, indem sie sich fünf Minuten vor Ausbruch des Streikes dazu aufzackte, eine Anzahl von Leuten vertragsmäßig zu einer sechsmonatigen Kündigungsfrist zu verpflichten. Und um die Sache nicht so anständig erscheinen zu lassen, gebrauchte man die Vorsicht, den Abschluß der Verträge auf den 1. Mai zu datieren, während in Wirklichkeit der Abschluß erst Mitte Juni und zum Teil sogar erst am 27. Juli erfolgte, also zu einer Zeit, in der die Eisenberger Spähen bereits auf den Dächern davon erzählten, daß die „Etnisger“ sich in einer Lohnbewegung befinden. Doch Marie hatte sich verrechnet, denn als der Streik perfekt wurde, waren auch die Leute verschwunden, mit denen besondere Vereinbarungen abgeschlossen worden waren. Wie kopflos die Firma übrigens mit dem Abschluß war, kann man daraus ersehen, daß sie sogar junge Mädchen in dem kindlichen Alter von 14—15 Jahren zur Unterschrift zu bewegen verstand, ohne wohl daran zu denken, wie wenig eine leugnende Arbeiterin in der Lage sein wird, sich im Falle eines Streikes nutzbringend zu erweisen. Nachdem sich aber nun die in Frage kommenden Leute vernünftig genug erwiesen hatten, um in diesem Falle auf den „Vertrag“ zu pfeifen, lag schließlich nichts näher, als daß die Firma sich in den Besitz einer angemessenen Schadenersatzsumme zu bringen versuchte. Und so nahm man denn das Gewerbe-

gericht in Anspruch und verklagte zwei Gehilfen für die Dauer der Kündigungsfrist auf Zahlung einer täglichen Entschädigung von 5 Mk., während drei Arbeiterinnen pro Tag 75 Pf. und zwei andere 50 Pf. pro Tag zahlen sollten, so daß die Firma die nicht unbeträchtliche Summe von etwa 477 Mk. zur Verfügung gestellt erhalten hätte, wenn, ja wenn alles so einfach ginge, wie das aussieht. Dabei wollen wir übrigens anfügen, daß uns in der Berechnung der Gesamtsumme ein Fehler unterlaufen sein mag, weil wir momentan nicht feststellen können, ob die Firma so gütig war, den Schadenersatz für sechs oder fünf Wochen zu normieren. Marie Geißler ist die Tochter ihres Vaters Karl Geißler, und Karl Geißler ist nach dem Eisenberger Drehbuch einmal Etuisfabrikant und das andere Mal Heimarbeiter, im gewöhnlichen Leben bezeichnet man ihn als Zwischenmeister, aber in Wirklichkeit ist er das alles nicht, denn im Grunde genommen ist er nur erster Werkführer oder unfertwegen auch Geschäftsführer der Firma Marie Geißler. Karl Geißler vertrat also die Klage im Auftrag seiner Tochter, zur größeren Sicherheit aber ließ er sich noch die Hilfe eines erfahrenen Rechtsbeistandes. Da nun bekanntlich bei Schadenersatzansprüchen in solcher Höhe der Schaden nachgewiesen werden muß, stellte sich das Gewerbegericht auf den nach unserer Meinung recht ansprechbaren Standpunkt, den Schaden durch einen Sachverständigen abschätzen zu lassen, da eine Klipp und klare Beweisführung recht schwierig, unter Umständen sogar unmöglich sein wird. Als Sachverständiger fungierte Herr Max Müller, der vor Jahren selbst Etuisfabrikant in Eisenberg war. Nachdem der Herr vor Eintritt in die Verhandlung erklärte, nicht mehr so geschäftslundig in der Branche zu sein, um als Sachverständiger auszusagen zu können, legte ihm der Vorsitzende die Pflicht auf, ein Urteil in der Streitfrage abzugeben. Herr Müller stellte sich zunächst auf den Standpunkt, daß er in einem solchen Falle überhaupt nicht klagen würde, da man erfahrungsgemäß höchstens ein schönes Urteil mit nach Hause trage, aber im ganzen Leben kein Geld bekommen könne. Der Sachverständige sprach weiter seine Verwunderung darüber aus, daß man in Eisenberg auf einmal dazu gekommen sei, Verträge mit Arbeitern einzugehen, das habe man früher nicht gekannt und sei trotzdem mit den Leuten ausgekommen. Nach seinem Ermessen könne von einem Schaden überhaupt nicht gesprochen werden, denn wenn der ganze Betrieb leer stehe, können die paar Leute auch nichts machen. Nach einigen Aufklärungen des Klägers erkennt Herr Müller einen gewissen Schaden an, doch sei derselbe viel zu hoch angegeben. Für einen Zuschneider könne er als Höchstsumme nur 3 Mk., als Mindestsumme 2 Mk., für einen Etuismacher als Höchstsumme 1 Mk. und als Mindestsumme 1 Mk. in Rechnung stellen. Für die beklagten Arbeiterinnen gibt er den verlangten Schaden als richtig an, korrigiert sein Urteil aber sofort, als seitens des Vertreters der Beklagten eingewendet wird, daß lernende Arbeiterinnen doch unmöglich einen Schaden in dem Maße verursachen können und schließt sich der Ansicht unseres Vertreters an. Das Gericht kommt zu folgendem Urteil: Der Zuschneider G. wird zu einer Entschädigung für die Dauer der Kündigungsfrist in Höhe von 2 Mk. pro Tag verurteilt. Für den Gehilfen R. ist die Entschädigung auf 1 Mk. und für die Arbeiterin B. auf 50 Pf. festgesetzt worden, während die Arbeiterinnen M. und O. nach § 124b der Gewerbeordnung insgesamt je 750 Pf. zahlen sollen. Der Klägerin bleibt jedoch vorbehalten, für einen angeblich größeren Schaden, der durch den Zuschneider insofern herbeigeführt sein soll, als die Filiale in Noda nicht genügend mit Zuschnitt versehen werden kann, den Nachweis zu führen. Damit ist der erste Akt zu Ende, der Vorhang fällt und nächstens kommt eine neue Nummer.

Zwei weitere Kolleginnen hatten sich beim Sähnetermin überreden lassen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Nachdem ihnen aber zum Bewußtsein gekommen war, was das zu bedeuten hat, ist von ihnen der bessere Teil gewählt worden, so daß Herr Geißler heute noch vergeblich nach ihnen ausschaut. Selbstverständlich rechnen wir nun mit einer neuen Klage; diese im Auftrage unserer Mandantinnen durchzuführen, soll uns eine Freude sein. Mag das Urteil ausfallen wie es will, Ihre Arbeiterinnen, Herr Geißler, bekommen Sie vor Beendigung der Bewegung nicht wieder in den Betrieb.

Der Stand der Bewegung ist im allgemeinen als günstig zu bezeichnen. Die durch Hilfe des „Allgemeinen Anzeigers für Buchbinderereien“ gesuchten arbeitswilligen Elemente lassen uns recht kalt, die Handvoll Leute leisten uns in den Betrieben wahrhaftig gute Dienste, und wenn die Eisenberger Produkte noch mehr an Auf verkaufen, wird man nicht mehr im Zweifel zu sein brauchen, wen man dafür verantwortlich zu machen hat. Verschiedene uns zur Verfügung gestellten Briefe, die seitens der Firma

Netfch Nachj. an angeblich arbeitswillige Kollegen geschrieben sind, zeigen uns übrigens, daß man die Suche nach Arbeitern in engros betreibt, denn die Briefe sind mit der Schreibmaschine vervielfältigt, während die Adresse auf denselben besonders eingeleistet ist. Wenn sich unsere Kollegen den Spaß leisten, sich die Bedingungen der verschiedenen Firmen senden zu lassen, wollen wir sie daran nicht hindern, rechnen aber mit aller Bestimmtheit damit, daß nach wie vor alles getan wird, um wirkliche Arbeitswillige von Eisenberg fernzuhalten.

Mürnberg-Fürth. Die Haltung der Streikenden war auch in der vierten Woche mustergültig. Leider sind bei der Firma Wolfram u. Hauptmann 5 Arbeiterinnen ungeschlagen. Allerdings ist mit Mitteln gearbeitet worden, die wohl alles bisher dagewesene überschreiten. Der Werkführer Dambach hat die Arbeiterinnen in ihren Wohnungen aufgesucht und ihnen klarzumachen versucht, die Firma habe bewilligt und der Streit sei beendet! — Der Werkführer Riedel von der Firma Rieder hat unter Mitwirkung einiger Trabanten eine Arbeiterin von ihrer Wohnung abgeholt und förmlich mit Gewalt in den Betrieb hineingeschleppt! — Unsere Streikposten erlösten die genannte Kollegin mittags jedoch wieder aus ihrem unfreiwilligen Verhältnis. Im Lauf der Woche erhielten sämtliche Ausständigen der genannten Firmen die liebenswürdigen Mitteilungen, daß man ihre Stellen freigehalten habe und sie doch zurückkehren möchten. Aber auch da war der Liebe Müß umsonst! Die Sache ist auf dem Stadium angelangt, daß die Firmen nicht mehr wissen wo ein, wo aus. Alle Lische, Gänge und sonstige Räumlichkeiten sind verartig mit Arbeit angefüllt, die ihrer Erledigung hart, daß der Zustand untraglich geworden ist. Ob die Unternehmer nun halb einsehen lernen, daß es Zeit ist, ihren nutzlosen Widerstand aufzugeben?

Herr Gewerbeinspektor Regierungsrat Dr. Keller hat nun im Lauf der Woche die Initiative ergriffen und die Anbahnung von Unterhandlungen unternommen. Dieses Bemühen wurde beiderseits akzeptiert und haben am Freitag, den 9. September, unter Vorsitz des genannten Herrn Unterhandlungen stattgefunden. Wohl haben diese einen Abschluß noch nicht gebracht, jedoch die Sache ist um einen Schritt vorwärts gegangen. Die Parteien sind sich näher gekommen. Es wird nun davon abhängen, inwiefern die Unternehmer mit Lohn-erhöhungen entgegenkommen. Geschieht dies in annehmbarer Weise, so könnte im Lauf der Woche auch über die übrigen noch strittigen Punkte eine Einigung erzielt werden. Zu unterzählen ist vor allen Dingen nicht die Gefahr, daß nach Weiterführung des Kampfes um nur zwei Wochen ein großer Teil der Ausständigen sich anderwärts Arbeit sucht, so daß bei einem späteren Friedensschluß ein großer Mangel an Arbeiterinnen vorhanden wäre. Diese Gefahr kennen die Unternehmer so gut wie wir. Es liegt deshalb in erster Linie im Interesse der Unternehmer, die geübten Arbeiterinnen nicht in andere Industrien abwandern zu lassen und an deren Stelle wieder ungeübte anlernen zu müssen.

Die Aussperrung der Meißtitarbeiter und Arbeiterinnen dauert nunmehr zehn Wochen, ohne daß Aussicht auf Beilegung besteht. Welch enorme Profite diese Kapitalmagnaten einheimen, ist deutlich ersichtlich aus dem Dividendenbogen, den die Meißtiffabrik Joh. Faber in Nürnberg, auf ihre Aktionäre für das verflossene Geschäftsjahr ausschütten konnte. Die „Papierzeitung“ enthält in ihrer Nr. 73 dieses Jahres folgende Notiz:

Die Meißtiffabrik vormals Johann Faber in Nürnberg erzielte im verflossenen Geschäftsjahre einen Reingewinn von 556 879 Mk., wozu 56 546 Mk. Gewinnvortrag treten. Der Ausschüttung schlägt wieder 15 Proz. Dividende vor. 53 035 Mk. werden vorgetragen.

Den Aktionären 15 Proz. Dividende als mühe-losen Gewinn. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die eine Erhöhung ihrer erbärmlichen Löhne anstreben, werden undarmherzig monatelang aufs Pflaster geworfen. Wirklich eine herrliche „göttliche“ Weltordnung!

Kathenow. Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung verurteilte das Schöffengericht zu Kathenow am 7. d. M. zwei Etuisarbeiter zu einer Woche bezw. zehn Tagen Gefängnis. In dem ersten Falle bewies der Angeklagte durch das Zeugnis seiner Ehefrau, welche zur Zeit der angeblichen Begehung der Tat im Wochenbette lag, daß er die Wohnung überhaupt nicht verlassen habe. Das Gericht schenkte jedoch der Aussage der arbeitswilligen Belastungszeugin höheren Glauben.

In dem zweiten Falle war ein nicht am Streik beteiligter Etuisarbeiter von einem Arbeitswilligen, den er angesprochen hatte, beleidigt worden und hatte die Beleidigung auf der Stelle erwidert. Das Gericht erblickte in der erwiderten Beleidigung eine strafbare Einwirkung auf den Arbeitswilligen. Der-

selbe Angeklagte hatte einen zweiten, ihm persönlich bekannten Arbeitswilligen, der auch Organisationsmitglied war, kameradschaftlich gewarnt und ihm angedeutet, daß er bei seinem Verhalten riskiere, von den Streikenden die Sack voll zu bekommen. Auch hierin erblickt das Gericht den Tatbestand des § 153 für gegeben und erkannte für beide Fälle auf die oben erwähnte Strafe.

Ueber einen fahrlässigen Faltschneid einer Arbeitswilligen berichtet die Tagespresse: Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung hatte sich am 31. August vor dem Schöffengericht zu Rathenow ein streikender Etuisarbeiter zu verantworten. Die arbeitswillige Etuisarbeiterin als einzige Belastungszeugin beschwor, obgleich der Angeklagte ein auffallendes, untrügliches Kennzeichen aufweist, den Angeklagten bestimmt als den Täter wiedererkannt zu haben. Die weitere Beweisaufnahme ergab jedoch die völlige Unschuld des Angeklagten. Es lag eine Personenverwechslung vor. Der Angeklagte wurde freigesprochen. Den Antrag der Verteidigung, die Kosten des Verfahrens einschließlich der dem Angeklagten durch die Verteidigung erwachsenen Barauslagen der leichtfertigen Belastungszeugin aufzuerlegen, lehnte das Gericht mit der Begründung ab, daß die Zeugin in ihrer Bestürzung bei dem Zusammentreffen mit den Streikposten sich sehr wohl in der Persönlichkeit des Täters irren konnte. Dagegen hielt das Gericht die Übernahme der Verteidigungskosten auf die Staatskasse für gerechtfertigt.

München. Die Differenzen in der Heiligenbilderfabrik von Josef Müller veranlaßten eine große Anzahl Angehöriger des graphischen Kartells, am 6. September ihre Solidarität mit den Ausgesperrten zu bekunden. Kollege Albert Schmid, Gauleiter der Hilfsarbeiter, referierte über die Entstehung des Kampfes. Er schilderte eingehend die Ausberrunastaktik des Schuhverbandes und erinnerte an den 17wöchigen Kampf im Steinbruderverwe in Jahre 1906. Seit dieser Zeit sind jedoch unsere Organisationen so erstarkt, daß es dem Schuhverband kaum mehr gelüsten dürfte, die Kriegsfaul anzusetzen. In München wurde alles versucht, die Macht des Schuhverbandes zu brechen. Was im Jahre 1908 nicht gelungen ist, wurde neuer erreicht. Der einmütige Protest der Arbeiterschaft in den Steinbrudereien aus Anlaß der sogenannten Zuchttausbildung des Schuhverbandes hat diesen Sturm in München ins Schwanken gebracht, er stürzte, und als einzige Säule blieb die Firma Josef Müller auf dem Trümmerfeld. Keine einzige Firma dachte daran, der Arbeiterschaft die durch die neue Gewerbeordnungsnovelle verkürzte Arbeitszeit an den Samstagen und Vorabenden der gesetzlichen Feiertage durch Einholen wettzumachen. Nur dieser christlichen Firma blieb es vorbehalten, dies zu verlangen. Die übrigen Firmen haben es vorgezogen, mit den Organisationen einen Tarifvertrag abzuschließen, um sich dadurch den Frieden in ihren Betrieben zu sichern. Verschiedene Versuche der Organisationen, auch diese Firma zur Anerkennung des Tarifvertrages zu bewegen, scheiterten an dem Egoismus des Herrn Müller. Er war wohl der Meinung, daß kein erster Versuch gemacht würde, ihn zu zwingen. Seit dem Abschluß des Tarifvertrages mit den übrigen Firmen war ein halbes Jahr ins Land gezogen, und von Monat zu Monat rechnete Herr Müller auf einen Vorstoß. Die Arbeit wurde künstlich zurückgehalten, bis es nicht mehr möglich war. Als nun die Maschinen im vollen Gange waren, schlugen die Organisationen los. Die Brüstung der Kommission und das Entziehen der Aussperrung haben wir bereits geschildert. Raum war der Kampf entbrannt, ließ die Firma neben schwarzen Listen ein Flugblatt an die Arbeiterschaft der Firma Müller los, das von Beleidigungen der Führer strotzte. Am Schluß des Flugblattes werden die Arbeitswilligen aufgefordert, zu Verrätern an den kämpfenden zu werden und ihnen im Falle einer Belästigung durch die Streikposten jeder Schuhmann als Hilfe anzuzeigen. Am nächsten Tage stand Herr Müller den ersten Posten, um die Scharen von Arbeitswilligen zu empfangen. Doch ist er umsonst so früh aus den Federn gekrochen; die so schmerzliche Erfolge blieben aus. In der bürgerlichen Presse wurden Arbeiterinnen bei hohem Lohn gesucht. Arbeiterinnen wurden für dieselbe Arbeit, für die den Ausgesperrten 7 Mk. Lohn bezahlt wurde, 14 Mk. geboten, doch mit kläglichem Erfolge. Um die kämpfenden manfelmütig zu machen, verklagte Herr Müller einen Steinbruder auf Schadenersatz und erzwangte auch ein Urteil; doch ist hierin das letzte Wort noch nicht gesprochen. Aber auch dieses Mittel verdingt nicht. Kein Mensch dachte daran, den Lockungen und Drohungen des Herrn Müller zu folgen. Und wenn es Herrn Müller selbst gelingen sollte, auch diesmal die Vorbeeren eines Sieges einzuharfen, so wird dieser Sieg für ihn später eine um so schwerere Niederlage sein, denn auch die Arbeits-

willigen werden mit der Zeit der Aufklärungsarbeit der Organisationen nicht widerstehen können, und mit elementarer Gewalt ihre Rechte verlangen. Herr Müller scheint vom Kampfe 1907 nicht gelernt, aber alles vergessen zu haben. Wenn Herr Müller die Summe des Schadens, der ihm durch seinen Widerstand erwächst, seinen alten Arbeitern an Lohnzulagen gewähren würde, dürften ganz enorme Aufbesserungen herauskommen. Trotz der Heiligenbilder, die in dieser Firma hergestellt werden, und trotz der Abnehmer, kann Herr Müller nicht dem Grundsatz der christlichen Nächstenliebe huldigen. Die Arbeiterschaft hat sich auf einen langen Kampf eingerichtet und wird ihn durchsetzen, bis der Sieg errungen ist. Die Solidarität der ganzen organisierten Arbeiterschaft im graphischen Gewerbe wird es den Kämpfenden ermöglichen, auszuhalten. Von den Streikenden ist ein großer Teil trotz schwarzer Listen in anderen Betrieben untergebracht, und es wird möglich sein, Herrn Müllers beste Kräfte zu günstigeren Bedingungen als bei ihm anderweitig unterzubringen. Zu den paar Arbeitswilligen, die sich fanden, kann Herr Müller nur gratuliert werden. Uns können sie nicht schaden. Mit welchen Mitteln die Firma arbeitet, um Arbeitswillige zu fangen, beweist folgendes: Vom Transportarbeiterverband wurden Arbeiter verlangt, um Pressen (?) zu verschieben. Als diese kamen, sollten sie aus dem Keller Steine transportieren. Natürlich dankten diese für diese Zubeharbeit und verließen den graphischen Betrieb. Bei der Polizei wurde veranlaßt, den Streikführer zu vernehmen wegen angeblicher Belästigung der Arbeitswilligen. Doch auch hier war nichts zu machen, denn die Schutzleute mußten zugeben, daß sich die Streikenden mustergerüst verhalten.

In der Diskussion versicherten alle Redner, daß die graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen den Kämpfenden materiell und finanziell beistehen werden; der Kampf möge dauern solange er wolle. Die letzte Säule des Schutzverbandes in München wird auch noch zum Verstein gebracht. Einmütig und mit großem Beifall wurde nachstehende Resolution angenommen:

„Die Versammlung der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen Münchens konstatiert, daß nur das probatorische Verhalten der Firma Müller die Schuld an der Arbeitslosigkeit trägt, wie auch daran, daß die Arbeiterschaft den sonst gangbaren Weg verließ. Die Versammlung spricht den im Kampfe stehenden Kollegen die volle Sympathie aus und verpflichtet sich, ihnen in jeder Weise solidarisch zur Seite zu stehen.“

Die Firma J. Müller hat bei dem Stadt-reisenden einer hiesigen Papiergroßhandlung versucht, arbeitswillige Buchbinder zu lapern, doch scheiterte dies an der Solidarität der Kollegen. Die Heiligenbilderfabrik Josef Müller, Binrunstr. 90, ist nach wie vor gesperrt.

Potsdam-Nowawes. Eine gut besuchte Versammlung tagte am 7. September, um Stellung zu den Antworten der Arbeitgeber auf unsere Forderungen zu nehmen. Die Firmen Bonnek u. Gachfeld, Rignol u. Hailand und Bhl, Nowawes, hielten es nicht für nötig, auf unser höfliches Schreiben zu antworten. Die Freie Vereinigung der Buchbinder-reien Potsdams, bestehend aus dem größten Teil der Kleinbetriebe in Potsdam, will ein kleines Zugeständnis machen, nämlich den Minimallohn um 1 Mk. erhöhen; sonst aber soll alles beim alten bleiben. Die Potsdamer Buchdruckereibesitzer (Hof-lithographie von Müller, A. W. Sahn's Erben, Edmund Stein, Vereinsdruckerei) hatten in einem Schreiben gemeinsam geantwortet. Dieselben haben keine Veranlassung, tarifliche Abmachungen zu treffen, da sie nur Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen beschäftigen, mit denen sie auf keinen Fall einen Tarif abschließen. Eine eigenartige Ansicht, wenn man bedenkt, daß in sämtlichen Druckereien nur gelernte Gehilfen beschäftigt sind und die Firma Stein schon Lehrlinge ausgebildet hat. Außerdem sind diese Firmen sämtlich tariffreie im Buchdruck-gewerbe und der Besitzer der Firma A. W. Sahn's Erben, Herr Curt Gerber, Besitzer im Schieds-gericht der Provinz Brandenburg. Die Kollegen und Kolleginnen werden schon Mittel und Wege finden, diese Herren zu bewegen, ebenfalls mit ihren Buchbinderarbeitern und -arbeiterinnen in ein Tarif-verhältnis einzugehen. Im Gegensatz zu diesen Firmen hat die Buchdruckerei von Zimberg u. Lesson, Neu-Wabelsberg, Zugeständnisse gemacht, welche zu der Annahme berechtigen, daß es in den nächsten Tagen zu einem Tarifabschluß kommt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Versammlung nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß die Arbeitgeber hinsichtlich der neuen Tarifvorlage so wenig Entgegenkommen gezeigt haben; sie hält die Zugeständnisse für vollständig unzulänglich, zumal dieselben mit den allgemeinen Zenerungsverhältnissen nicht in Einklang zu bringen sind. Die Versammlung beauftragt daher die stromfassung, mit den Arbeitgebern in Verhandlung zu treten und über die Ergebnisse bis zum 15. d. M. Bericht zu erstatten. Des weiteren protestiert die Versammlung

energisch gegen die Behandlung durch die Buchdruckereibesitzer, welche die gelehrten Arbeiter als Hilfsarbeiter bezeichnen; mit denen ein Tarif abzuschließen sie es nicht der Mühe für wert halten.“

Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ hat unsere Tarifvorlage wörtlich abgedruckt und empfiehlt der Schriftleiter dieser Zeitschrift, Herr Paul Ursach, Dresden, als 7. Punkt der Vorlage hinzuzufügen: „Der Meister hat in seinem Betriebe überhaupt nichts zu sagen, er hat jedoch die Pflicht, für Arbeit, aber nicht zu viel, und für das nötige Geld am Sonnabend zu sorgen.“ Durch diesen Satz beweist Herr Ursach nur, daß er in sozialer und tariflicher Hinsicht auch nicht das geringste Verständnis hat und wohl selbst seine eigenen Kollegen in der „Freien Vereinigung in Potsdam“ in diesem Falle gerechter denken werden.

Leipzig. In der Generalversammlung vom 30. August wurde zunächst das Andenken der im zweiten Quartal verstorbenen Mitglieder Minna Röber, Bertha Mengel, Bruno Kühn, Oskar Salzmann, Ida Hartig und Alfred Kleeberg in der üblichen Weise geehrt.

Nach dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht zählte die Zahlstelle am Schlusse des zweiten Quartals 3943, und zwar 2075 männliche und 1868 weibliche Mitglieder. Es ist demnach gegenüber dem zweiten Quartal 1909 ein Gewinn von 263 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Einnahme für die Verbandskasse betrug 22 963,15 Mk.; davon wurden an die Verbandskasse gesandt 10 244,43 Mk. Die Lokalfasse erhöhte durch einen Ueberschuß von 3618,56 Mark ihr Barvermögen auf 35 031,12 Mk. Dem Bezirksfonds wurden 552,40 Mk., den ausgesperrten Bauarbeitern 2000 Mk. überwiesen. Auch der Mitgliederbestand des Fachvereins hat sich durch Gewinn von 102 Mitgliedern auf 1486 erhöht. Das Vereinsvermögen beträgt 33 978,53 Mk. Das Gesamtergebnis kann als ein recht befriedigendes bezeichnet werden. Ferner wurde beschlossen, den Verbandsbeitrag ab 1. Oktober in der jetzigen Höhe zu belassen, d. h. es soll der Lokalauslag in der ersten Klasse 10 Pf. (? D. M.), in der zweiten Klasse 5 Pf. (? D. M.), in der dritten und vierten Klasse 15 Pf. betragen. Dafür soll aus Lokalmitteln die Arbeitslosenunterstützung in der 1. und 2. Klasse um zehn Tage, in der 3. und 4. Klasse um 20 Tage nach der Höhe und den Bestimmungen des Verbandsstatuts verlängert werden; ebenso soll das tägliche Krankengeld für die erste Unterstützungsstufe der 2. Klasse, welches vom Verbandstage um 10 Pf. reduziert worden ist, auf der seitherigen Höhe belassen bleiben. Die erweiterte Unterstützung tritt mit dem 1. Oktober 1910 in Kraft. — Dieser erhöhte Lokalbeitrag gilt auch für die Nebenbranchen. Ein wiederholter Antrag, die Restanten zu veröffentlichen, fand Zustimmung, ebenso die Erhöhung der Entschädigung für Vertrauensleute.

Des weiteren kamen noch einige Tarifdurchbrüche zur Sprache. Die Firma Sieck u. Co. beschäftigt jüngere Mädchen zu einem Stundenlohn von 10 Pf., trotzdem der Tarif für ungelernete Arbeiterinnen 15 Pf. als Mindestlohn vorschreibt. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei F. S. & Co., Lübeck u. Co. Dort werden Arbeiterinnen, nachdem sie die im Tarif vorgesehene Lehrzeit hinter sich haben, einfach entlassen, falls sie nicht zu unartigem Lohn weiterarbeiten wollen. Noch bedauerlicher ist es, daß manche Firmen dazwischen junge Mädchen, welche sich noch in dem zartesten Entwicklungsalter befinden, zu besonders schätzbaren Arbeiten, wie Provozieren, verwenden; natürlich nur, um den für diese Arbeit festgesetzten Lohn von 28 Pf. zu umgehen. Aber auch in den Firmen H ü b e l u. D e n k u. F r i e s c h e bestehen noch Mängel in Punkt Tarif-einkaltung, indem sie teils Hülsenmacher oder Deckenrunden von Arbeiterinnen oder Lehrlingen herstellen lassen, was dem Tarif nicht entspricht.

Die Verwaltung wurde ersucht, die vorgetragenen Fälle zu untersuchen und dafür zu sorgen, daß der Einhaltung des Tarifes in Zukunft mehr Rechnung getragen wird. Ebenso sind die Mitglieder verpflichtet, alle Fälle von Tarifdurchbrechung unvorzüglich zu melden.

Hilfslohn i. W. Nicht gerade mit Freude wird so mancher unserer Kollegen an die Gastrolle denken, die er hier bei der Firma Friedr. Dohmann gegeben hat. Vor nicht langer Zeit brachten wir in einer kurzen Notiz Mißstände im obigen Betriebe zur Sprache. Genügt hat es nichts. Es sei uns aus diesem Grunde gestattet, uns etwas näher mit der Firma zu befassen. Wägen die Kollegen das ihrige tun und bei Angeboten von seiten der Firma entsprechend handeln. — Hat man in dem Betriebe eine „dauernde Stellung“ angenommen und betritt deshalb morgens, dann fällt einem vor allen Dingen der Schmutz in die Augen. Bundesratsvorschriften für Buchdruckereien usw. scheint es für die Firma nicht zu geben. Außer dem Meister sind noch vier Geßs da, die das menschenmögliche in bezug auf Kontrolle und Schikane leisten. Was hierin geleistet

wird, läßt sich in kurzen Worten gar nicht beschreiben. Raum ist es 7 Uhr, da durchdrast der erste den Saal, der hat die Tür noch nicht recht zugemacht, dann kommt auch schon der zweite Chef, und so geht es weiter. Und wehe, wenn er dich erwischt, daß du mit deinem Nebenmann ein paar Worte wechselst! Verlangt ein Kollege Zulage, dann bekommt er zur Antwort: „Wir hatten schon lange vor, Sie zu kündigen.“ Man kann hier sehen, daß für die Firma Dohmann der Arbeiter kein Mensch ist, sondern eine Nummer, die eine wird abgeschoben, dann kommt die andere. Läßt die Behandlung seitens des Chefs schon sehr viel zu wünschen übrig, so herrscht in dem Betriebe auch noch ein Ungeher- und Spionage-system, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. Ob derartige Elemente, die sich hierzu hergeben, nicht auch einmal weggeführt werden, wie abscheulich und widerwärtig ihre Handlungsweise ist? — Die sanitären Verhältnisse in dem Betriebe der Firma Dohmann sind die denkbar schlechtesten. Für sechs Kollegen ein Handtuch! Geachtet wird während der Arbeitszeit, von Spengren ist keine Rede. Und dann erst die Arbeitsverhältnisse, die jeder Beschreibung spotten. Mit Hade und Schaufel muß hier der Dreck weggeschafft werden. — Aus allen diesen Gründen verlassen nun wieder 7 Kollegen und 6 Schrift-seher die gastliche Stätte. Also, Platz für den, der Lust hat!

Kattowit. An der außerordentlichen Monats-versammlung vom 4. September nahmen in Erkenntnis ihrer gedrückten Lage auch die intelligenten weiblichen Mitarbeiterinnen zum ersten Male teil. In einem Referate erklärte Kollege Herzog, daß es nunmehr an der Zeit sei, die Lage der ober-schlesischen Kollegenschaft zu verbessern und ein gleich-mäßiges Entlohnens sämtlicher ober-schlesischer Kollegen zu erreichen. Besonders machte er unsere Mitarbeiterinnen darauf aufmerksam, daß 7 Mk. und wohl auch 50 Pf. mehr keine Verzählung für geübte Maschinenarbeiterinnen sei. Die entlassenen Mienen dieser zeigten, daß wenigstens die tüchtigsten Arbeiterinnen für die gute Sache schon heute Verständnis zeigen. Eine Lohnkommission wird jetzt eine Statistik über sämtliche in Betracht kommenden Personen zusammenstellen. Zum Schluß sprach Kühne über: „Das Wandern im Ausland“.

Berlin. Am 8. September hielt die Zahlstelle nochmals eine Generalversammlung ab, um zu der Frage des Lokalbeitrages und der Lokalunterstützung Stellung zu nehmen. Von der Verwaltung war eine Vorlage ausgearbeitet worden, welche Wytomski in eingehender Weise begründete. Er ersuchte die Mitglieder, dafür zu sorgen, daß durch die vorzunehmende Urabstimmung diese zur Annahme gelangt. Nach der Vorlage soll der Lokalbeitrag für die 1. und 2. Beitragsklasse 10 Pf., für die 3. und 4. Klasse 20 Pf. pro Woche betragen. Lehrlinge, welche Mitglieder der ersten Beitragsklasse sind, haben keinen Lokalbeitrag zu zahlen. Danach stellt sich der wöchentliche Beitrag in der 1. Klasse für Lehrlinge auf 20 Pf., für alle übrigen auf 30 Pf., für die 2. Klasse auf 45 Pf., für die 3. Klasse auf 70 Pf. und für die 4. Klasse auf 1 Mk. pro Woche. Die Unterstützungsätze sollen vom 1. Januar 1911 ab nach der Vorlage betragen: Nach 52wöchiger Mitgliedschaft pro Tag in der 1. und 2. Beitragsklasse 25 Pf., in der 3. und 4. Beitragsklasse 30 Pf. Nach 260wöchiger Mitgliedschaft in der 1. und 2. Klasse 40 Pf., in der 3. und 4. Klasse 50 Pf. Der Unterstützungsbeitrag soll von neuem beginnen, wenn nach Bezug der letzten Unterstützung 26 Wochenbeiträge geleistet sind. Ferner soll nach der Vorlage an die Eltern resp. Ernährer von Lehrlingen beim Sterbefall ein Sterbegeld von 30 Mk. aus der Lokalfasse gezahlt werden. Nach langer lebhafter Debatte fand die Vorlage Annahme. Im Anschluß hieran wurde der Endtermin der Urabstimmung auf den 20. September festgesetzt.

Da in diesem Jahre die Wahl der Meister zum Gewerbergericht zu erfolgen hat, so ernannte die Versammlung als Kandidaten hierzu die Kollegen Brüdner, Herzog und Lippold.

Ein Antrag, welcher die Gründung einer allgemeinen Arbeiterbibliothek für Groß-Berlin fordert, wurde der Gewerkschaftskommission zur Berücksichtigung überwiesen.

Leipzig. Die Stundenlöhne für Arbeiterinnen in der Pressereiabteilung der Leipziger Buchbinder-Zunftengesellschaft vormals Gustav Frißche haben schon häufig Ursache zu berechtigten Beschwerden gegeben, die auch verschiedentlich der Geschäftsleitung unterbreitet worden sind, ohne daß indessen irgendwelche Milderung eingetreten wäre. Durch Zufall sind wir in Kenntnis davon gesetzt worden, daß von 13 als Aufwargerinnen usw. tätigen Kolleginnen ganze 3 den ihnen zustehenden tarifmäßigen Stundenlohn erhalten, während die übrigen mit 21, 22, 23, 24 und 25 Pf. abspesest werden, obwohl sie sämtlich solange im Betriebe sind, um Anspruch auf den Minimallohn von 26 Pf. machen zu können. Die

Firma scheint nach einer recht eigenartigen Methode zu arbeiten, die darin besteht, daß Arbeiterinnen, die den ihnen zustehenden Stundenlohn entscheiden verlangen, einfach entlassen werden, um für neue Arbeitskräfte Platz zu schaffen, die aus den Kreisen gewählt werden, die man mit 15 Pf. pro Stunde entlohnen kann. Auf diese Weise verfügt die Firma jederzeit über ein billiges Arbeiterinnenmaterial und sorgt gleichzeitig dafür, daß die geübten Arbeiterinnen aus Furcht vor der Entlassung sich willig mit einem Lohne zufrieden geben, der dem Tarife direkt ins Gesicht schlägt. Es ist nicht uninteressant, bei dieser Gelegenheit an einen Ausspruch des früheren Leiters dieses Geschäftes, des Kommissionsrats Frißsche, zu erinnern, der erklärte: „Meine Berufsführer haben strengste Anweisung, den Tarif in allen seinen Teilen einzuhalten.“ Und wenn man nun schließlich auch den Aussprüchen eines Kommissionsrats Frißsche nicht allzu viel Wert beimessen dürfte, denn sein genialer Geist offenbarte sich leider meist nur in Wortemacherei, während es mit den Taten immer recht betrüblich aussah, hatten wir doch gehofft, daß die neue Leitung des Betriebes nicht nur bemüht sein würde, dem Geschäft wieder eine solidere Grundlage zu verschaffen, sondern daß sie auch Wert darauf legen werde, den Tarif in allen seinen Teilen zur Geltung zu bringen. Darin haben wir uns bisher — zum mindesten so weit dabei die Stundenlöhne der Arbeiterinnen in Betracht kommen — leider geirrt, so daß uns nichts anderes übrig bleibt, als die Zustände rückhaltlos in der Öffentlichkeit einer Kritik zu unterziehen. Wie lautet doch gleich Artikel 2 des Vertrages vom 15. bezw. 27. Juli 1906:

„Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes verpflichten sich hiermit ausdrücklich, den im Jahre 1900 mit dem Arbeitnehmerverband abgeschlossenen, im Jahre 1903 nach der Erhöhung der Minimalstundelöhne verlängerten Tarifvertrag unter Beobachtung der nach § 3 vorzunehmenden Änderungen bis zum 1. Juli 1911 als für sich bindend anzuerkennen, sich den Vorarbeiten der allgemeinen Bestimmungen sowohl, als des Minimalstunden- und Affidavitgesetzes zu fügen und ihre Arbeiter und Arbeiterinnen danach zu entlassen. Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes unterwerfen sich den Urteilen des Schiedsgerichts und des Tarifamtes mit dem Verzicht irgendwelcher Einrede gegen diese Beschlüsse.“

Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß der verflorenen Kommissionrat der Verfasser dieses Artikels gewesen ist, wie er ja auch seinen Berufsführern die bekannte „strenge Anweisung“ gegeben hat, nach dem Tarife zu bezahlen. Es macht sich das in der Öffentlichkeit so wunderbar schön, wie es aber dann im Betriebe in die Tat umgesetzt wird, ja, das, Bauer, ist etwas ganz anderes. Der Geist des Kommissionrats geht noch auf leichten Seiten durch die Räume der Leipziger Buchbinderei-Aktiengesellschaft, die neue Geschäftsleitung wandelt noch in seinen Bahnen und hat es noch nicht über sich gewonnen, dafür zu sorgen, daß auch der letzten ihrer Arbeiterinnen der gebührende Lohn wird. Sie möge besorgt sein, daß sich diese Gepflogenheiten nicht bitter rächen werden; denn wer Wind sät, wird Sturm ernten.

Mainz. In unserer letzten Mitgliederversammlung (wann? D. M.), welche leider — wie immer — sehr schlecht besucht war, stand unter anderem auch ein Vortrag des Genossen Riehe über: „Die Volkshausgenossenschaft“ auf der Tagesordnung. Da es mit dem Herbergsweesen in Mainz für alle Gewerkschaften noch sehr schlecht bestellt ist, wurde der Wunsch nach einem eigenen Volkshause immer dringender. Genosse Riehe schilderte die Tätigkeit der sich aus diesem Anlaß gebildeten Volkshausgenossenschaft in eingehender und sachlicher Weise und er befürwortet die Bildung eines Referates, zu dem ein einmaliger Betrag von 1 M. pro Mitglied und Jahr geleistet werden müßte. Da man sich von dem Besitze eines eigenen Volkshauses eine Besserung der Mainzer Gewerkschaftsverhältnisse verspricht, war man allgemein gewillt, diesem Wunsche nachzukommen. Während der Debatte wurde aus der Mitte der Versammlung der Antrag gestellt, den Betrag auf die Lokalfasse zu übernehmen und eine Strafe von 5 Pf. für jede Versammlungsversäumnis einzuführen. Es soll hierdurch einerseits dem leidigen Uebelstande des schlechten Versammlungsbesuches abgeholfen werden, andererseits soll auf diese Weise der Betrag wieder eingebracht werden. Nach recht stürmischer Debatte erfolgte dann auch mit knapper Mehrheit ein dahingehender Beschluß. Ob es jetzt besser wird, mag dahingestellt sein, jedenfalls ist es überaus bedauerlich und für die Kollegenchaft beschämend, daß zu derartigen Mitteln gegriffen werden muß, um dieselben aus ihrer Verfaulnis aufzurichten. Es beweist dies, wie überaus interesselos dieselbe hier ihren eigenen sowie Gewerkschaftsangelegenheiten gegenübersteht.

(Anm. d. Red.: Solche Mittel, wie es das Straffsystem beim Versammlungschwänzen eines ist, taugen bedauerlicherweise immer wieder hier oder dort in der Gewerkschaftsbewegung auf, trotzdem

nach jedesmal darauf aufmerksam gemacht wurde, daß in der Regel das Gegenteil von dem erreicht wurde, was beabsichtigt war. Aber noch ebenso oft haben sie sich als absolut untauglich erwiesen und wir wollen zur Ehre unserer Mainzer Kollegenchaft annehmen, daß sie auch ohne die Durchführung dieser Zwangsmaßregel sich auf ihre Pflicht besinnen und dem Verhandlungsleben das notwendige Interesse entgegenbringen.)

Rundschau.

+ **Anfälle rechtzeitig anzumelden, sollte-niemand verjäumen.** Ansprüche der Verletzten müssen spätestens innerhalb zwei Jahren vom Tage des Unfalls an gerechnet — falls sich die Folgen nicht erst später bemerkbar machen — bei der zuständigen Berufsgenossenschaft selbst geltend gemacht werden. Man verlasse sich nicht darauf, wenn ärztliche Untersuchung oder polizeiliche Vernehmung stattgefunden hat, daß nun unbedingt die Sache weiter im Sinne des Verletzten verfolgt wird. Am sichersten ist es, wenn die Verletzten selbst ihre Ansprüche bei der Genossenschaft erheben.

Besonders dringend gewarnt sei vor dem häufigen Unheil, den kleineren Unfällen keine Beachtung zu schenken; denn leider trifft hier allzu häufig das Sprichwort von den „kleinen Unfällen und großen Wirkungen“ zu. Leichte Hautverletzungen usw. haben öfter schon die schwersten Erkrankungen verursacht, ja selbst den Tod herbeigeführt. Man teile daher jede Verletzung, jeden Stoß usw., sofort seinen Mitarbeitern, Meister oder Chef mit und merke sich genau den Tag des Unfalls sowie die Namen der Personen, die Augenzeugen des Unfalls waren, oder denen man sofort Mitteilung davon machte. Diese Vorsicht und kleine Mühe hat manchen Verletzten, besonders bei erst später sich einstellenden Unfallsfolgen, vor großen Nachteilen und viel Schereerie bewahrt.

Und nochmals ein schwerer Unfall an einer Minervapresse ist von der Patatfabrik Max Fischer in Laubegait bei Dresden zu berichten. Eine knapp 19 Jahre alte Trägerin geriet am 1. September mit der linken Hand in die Knochenschleife und bißte, soweit sich feststellen ließ, die oberen Teile der beiden Mittelfinger ein, wozu noch eine arge Handquetschung hinzukam. Glücklicherweise war die Presse nicht geheizt, sonst wären die Folgen wohl noch gräßlicher gewesen.

Es ist leider nicht der erste Unfall in dieser Firma, aber auch sonst sind in den Dresdener Prägezweien schon eine Anzahl mehr oder weniger schwere Betriebsunfälle zu verzeichnen.

Wenn bisher von einer jedesmaligen öffentlichen Behandlung der Fälle abgesehen wurde, so ist es aber ein Gebot der Selbsterhaltung, nunmehr ein wachsameres Auge zu haben und durch öffentliche Besprechungen aufklärend und warnend einzugreifen.

Man kann den Randbemerkungen in der Rundschau unserer vorletzten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ in der Hauptsache zustimmen.

Wenn in einer Minute 18 Druck geleistet werden sollen, so erfordert es jedenfalls die ganze Willenskraft und Geistesgegenwart eines geübten Arbeiters, um nicht unliebsame Sündenrude zu empfangen. Es ist deshalb wohl die Frage zu erörtern, ob es nicht endlich an der Zeit wäre, von Gesetzeswegen solche Maschinentätigkeit für das weibliche Geschlecht sowie für junge Leute überhaupt zu verbieten. Neben hilft hier leider nichts, nur gesetzlicher Zwang wird nützen, und auch dieser nur, wenn die Aufsichtsborgane unmissverständlich vorgehen und nicht erst immer warten, bis ein Unfall passiert ist. Verwunderlich bleibt auch, warum leitende Personen, unter welchen auch solche zu finden sind, die vor Zeiten selbst an Maschinen zu Schaden gekommen sind, es nicht verstehen, den Besitzern die unbedingte Befehung mit erfahrener männlichen Personal klarzumachen.

Die Erfahrung lehrt, daß sich junge Leute schon bei einem wütenden Mehrerwerb von 50 Pf. pro Woche förmlich zur Maschinenarbeit drängen. Darum ist es nicht nur Pflicht, in den Arbeiterkreisen in diesem Sinne aufklärend zu wirken, sondern es ist auch den Eltern immer und immer wieder ans Herz zu legen, sich vorher nach der Tätigkeit, welche ihre Kinder verrichten sollen, zu erkundigen und zu verhüten, daß die jungen Leute schon so bald unter die Strümpel eingereiht werden. Der Kapitalist richtet sein ganzes Sinuen auf die Gelbmacherei, die Arbeiterschaft muß deshalb selbst auf ihre gesunden Glieder Obacht geben, sich weigern, an gefahrdrohende Maschinen noch dazu in überhastetem Tempo zu schaffen, und jederzeit für eine gute Schutzvorrichtung eintreten.

Auch in oben geschildertem Falle war die angebrachte Schutzvorrichtung beseitigt worden und zwar, wie das oft vorkommt, von dem Personal selbst, weil behauptet wurde, daß die gelieferte Vorrichtung, statt Anglück zu verhüten, bei Eintreten eines solchen noch viel schwereres Anglück herbeiführen würde. Wenn

dem so ist, warum stellen die Maschinenfabriken nicht solche Schutzvorrichtungen her, wie sie ihnen von erfahrenen Arbeitern anempfohlen werden?

A. C. **Zur Lage im Papiergewerbe.** Die Besserung, die der Arbeitsmarkt im Papiergewerbe in den ersten Monaten des Jahres angezeigt hatte, hat bis zum Sommer nur langsame Fortschritte gemacht. Im Hochsommer erst setzt sich die Besserung wieder fort. Der bisher niedrigste Ausdruck des ganzen Jahres wurde im Monat Juni erzielt, wo auf je 100 offene Stellen sich durchschnittlich 131,89 Arbeitssuchende meldeten. Die Erleichterung gegenüber dem Vorjahre betrug 150,8 und war ebenfalls stärker als in allen anderen Monaten. Dabei war gerade der Monat Juni der erste Monat im vorigen Jahre, der die erste Erleichterung gegenüber 1908 gebracht hatte. Eine Besserung gegen 1909 weist die Arbeitslosigkeit für Papierarbeiter vornehmlich in Berlin und in der übrigen Provinz Brandenburg, in Hessen-Nassau, Bayern, im Königreich Sachsen, in Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen auf. In Schlesien, Rheinland-Westfalen und in Hamburg läßt dagegen der Arbeitsmarkt für die Arbeiter des Papiergewerbes noch zu wünschen übrig. Im Monat Juli pflegt die Arbeitslosigkeit genöthlich abzunehmen, was auch in diesem Jahre der Fall war, ohne daß jedoch die Abschwächung stärker als sonst hervortrat. Die Umsätze am Inlandsmarkt haben sich fast unausgesetzt verbessert; sowohl in Druckpapier als in Pack- und Zugspapier hat sich der Bedarf wieder gehoben, es wurden erheblich größere Abchlüsse als während des Niedergangs getätigt. Auch die Preisgestaltung am Inlandsmarkt ist nicht unbefriedigend, was sich dagegen vom Auslandsgeschäft nicht in gleichem Maße behaupten läßt. Denn die Exporteure leiden noch vielfach unter den ungunstigen Preisbedingungen, auf die sie während der Krisenzeit eingehen mußten. Es laufen noch eine ganze Reihe von Lieferungsverpflichtungen, bei denen die Gestehungskosten von den Verkaufspreisen noch nicht einmal erreicht werden. Auch ist die ausländische Konkurrenz am Weltmarkt für die deutschen Fabriken recht empfindlich; vielfach würden, wenn die Preise der deutschen Fabrikate nicht niedrig angesetzt würden, die Aufträge an die nordischen Papierfabriken gegeben werden. Die Belebung des amerikanischen Marktes, der infolge von Arbeitsfreigabeiten im amerikanischen Papiergewerbe stark angewachsen war und die deutsche Ausfuhr nach Amerika sehr begünstigte, hat auch wieder nachgelassen. Die Menge der Papierausfuhr hat sich allerdings außerordentlich stark gehoben. Es wurden von der Papierindustrie 2 294 807 Doppelzentner Waren im ersten Halbjahre exportiert gegen 1 870 293 Doppelzentner im vorigen Jahre. Der Wert dieser Ausfuhr ging in der nämlichen Zeit von 91,98 auf 102,68 Millionen Mark hinaus. Die Menge ging um 23 Proz., der Wert aber nur um 12 Proz. in die Höhe. Diese unbefriedigende Entwicklung im Exportgeschäft erschwert es natürlich vielen Papierfabriken nicht wenig, ihre Erträge wieder kräftig zu steigern. Nur infolge der besseren Preise im Inlande hat sich eine Besserung der Rentabilitätsverhältnisse durchsetzen können. Für 50 Papierfabriken, die in den ersten sieben Monaten ihre Geschäftsabchlüsse veröffentlichten, stellte sich die Durchschnittsdividende 1908/09 bei einem Aktienkapital von 75,88 Millionen Mark auf 5,8, 1909/10 bei einem Kapital von 81,91 Millionen Mark auf 6,4 Proz.

rf. **Die Tarifverträge im Jahre 1909.** Wie im Vorjahre ist auch die Zahl der im Jahre 1909 abgeschlossenen Tarifverträge vom Kaiserl. Statistischen Amt in einem Sonderheft zusammengestellt und damit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Art der Erhebung ist die gleiche wie in den Vorjahren geblieben; nur für das laufende Jahr ist eine Aenderung getroffen, die unseren Verbandskollegen zum Teil schon bekannt geworden ist. Das Material stammt von einzelnen Arbeitgebern, Arbeitgeberverbänden, Arbeitnehmerverbänden und Gewergerichten. Doch waren die Angaben der letzteren und die der Arbeitgeber so gering an Zahl, daß sie nur zur Kontrolle und Ergänzung der von Arbeitnehmerverbänden gemachten her verwendet werden konnten. Neu abgeschlossen wurden im Berichtsjahr 2360 Tarife für 30 766 Betriebe und 256 116 Personen. Da von diesen 1765 Tarife für 24 606 Betriebe und 219 882 Personen abgelaufen waren, so erhöhte sich die Zahl der am 1. Januar 1909 vorhandenen Tarife von 5981 für 130 257 Betriebe und 1 055 654 Personen auf 6578 Tarife für 137 214 Betriebe und 1 107 478 Personen am Ende des Jahres 1909. Durch Ausmerzung einer Anzahl doppelt gezählter Tarife ermäßigt sich der tatsächliche Bestand an Tarifverträgen Ende 1909 auf 6308 für 130 657 Betriebe und 1 081 557 Personen.

Tarifgemeinschaften, bei denen nur auf der Arbeitgeberseite ein Verband als Vertragshelben-

der erscheint, während die Arbeiter nichtorganisiert waren, sind im Berichtsjahr nicht abgeschlossen. Dagegen ist zu konstatieren, daß die nur mit einzelnen Firmen abgeschlossenen Tarifverträge eine erhebliche Zunahme erfahren haben. Sogenannte Reichstarife wurden im Jahre 1909 fünf abgeschlossen, und zwar der Bäcker und Transportarbeiter mit dem Zentralverband der Konsumvereine und der Chemikern, Holzgeräth und Lichtdrucker mit den entsprechenden Arbeitgeberverbänden. Am meisten ist bei den neu abgeschlossenen Tarifgemeinschaften das Baugewerbe mit 28,0 Proz. aller Tarifverträge, 29 Proz. aller von Tarifverträgen erfaßten Betriebe und 34,7 Proz. aller darunter fallenden Personen beteiligt; es folgt die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel mit 17,3 Proz. aller Tarifgemeinschaften. Alle anderen Industrien, darunter die Gruppe Papierindustrie mit 0,8 Prozent der abgeschlossenen Verträge für 1,6 Proz. der erfaßten Betriebe und 1,1 Proz. der Personen bleiben unter 10 Proz. der abgeschlossenen Verträge. Die Papierindustrie zählt 16 Verträge mit 399 Betrieben und 2488 beschäftigten Personen. Während im Reichsdurchschnitt auf eine Tarifgemeinschaft 11,6 Betriebe und 110,1 Personen, sowie auf einen Betrieb 9,5 Personen entfallen, zählt die Papierindustrie auf eine Tarifgemeinschaft 24,9 Betriebe und 155,5 Personen, aber auf einen Betrieb nur 6,2 Personen. Zu der Papierindustrie erscheint als einziger Vertragsschließender auf der Arbeiterseite wieder nur der Buchbinderverband, auf der Arbeitgeberseite als Einsender von Material der Verband der Buchbinderbesitzer in Leipzig und der Verband der Stussfabrikanten Deutschlands, Leipzig, weshalb sich unter Berücksichtigung des unjeren Rol-

legen zugänglichen Jahresberichts unseres Verbandes eine ausführliche Berichterstattung erübrigt. Interessenten können das dem Augustheft des Reichsarbeitsblattes beigelegte Sonderheft beziehen und in Ruhe studieren.

Briefkasten.

G. B. in L. Mit dem Blatt werde ich mich in einem besonderen Artikel beschäftigen.
Zurückgestellt infolge Raummangel: Die Beschlüsse des Internationalen Kongresses, Bericht vom Gantag des Saues 13.

Literarisches.

Jahrbuch der internationalen Genossenschaftsbewegung. Soeben veröffentlicht der Internationale Genossenschaftsbund den ersten Jahrgang eines neuen periodisch erscheinenden Sammelwerks unter obigem Titel, dessen Redaktion von Dr. Hans Müller in Zürich besorgt wird. Das Jahrbuch der internationalen Genossenschaftsbewegung stellt sich eine doppelte Aufgabe. Einmal soll es die Genossenschaften aller Länder durch größere Aufsätze und Abhandlungen mit der geschichtlichen Entwicklung und den aktuellen Problemen der genossenschaftlichen Bewegung bekannt machen und dadurch Praxis und Theorie des Genossenschaftswesens fortbilden helfen; andererseits aber ist es auch dazu bestimmt, den Stand der Genossenschaftsbewegung statistisch zu erfassen und nach einheitlichen Gesichtspunkten zur ziffernmäßigen Darstellung zu bringen. Dementsprechend gliedert sich auch das vorliegende Jahrbuch in zwei Teile. Der erste enthält eine ausführliche Studie über die internationale Genossenschafts-

bewegung in ihrer geschichtlichen Entwicklung, in der der Verfasser, Dr. Hans Müller, uns mit dem Werden und den Kämpfen innerhalb der genossenschaftlichen Internationale bekannt macht. Die Arbeit bildet dadurch einen wertvollen Beitrag zur Geschichte der genossenschaftlichen Theorie und ist wegen ihrer Aktualität von besonderem Interesse. Der zweite Teil führt uns in sehr übersichtlicher Weise die Resultate vor, die das Genossenschaftswesen in seinen verschiedenen Formen in den europäischen Ländern aufzuweisen hat. Bei dem teilweise noch mangelhaften Zustande der Genossenschaftsstatistik ließ sich naturgemäß noch keine Vollständigkeit in dieser Beziehung erzielen. Immerhin machen die zahlreichen Tabellen das Jahrbuch zu einem praktischen Nachschlagewerk, das niemand wird entbehren können, dem es um eine schnelle und bequeme Orientierung auf diesem Gebiete zu tun ist. Die statistischen Angaben sind ergänzt worden durch chronologische Uebersichten über die Hauptereignisse der verschiedenen nationalen Bewegungen und durch Aufzählung der hauptsächlichsten Quellen und Nachschlagewerke. Das Jahrbuch kann durch die Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Hamburg, Weidenbushof 52, zum Preise von 3 Mk. bezogen werden.

„Der Weg zur Macht“. Von Karl Kautsky. Von dieser Broschüre ist soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, die zweite durchgesehene Auflage erschienen. Im Vorwort der neuen Auflage unternimmt es Kautsky, sich mit den Kritikern seiner Arbeit auseinander zu setzen. Der Preis beträgt broschiert 1,50 Mk., gebunden 2 Mk. Die Volksausgabe kostet 50 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs.

ANZEIGEN

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hilsk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle Stuttgart.
Unser langjähriges Mitglied **Eduard Leibelt** ist nach schwerem Leiden im Alter von 67 Jahren am 8. September gestorben.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Presser
nach **Bordeaux** (Frankreich) gesucht, welcher mit der Bedienung der Waite-Patent-Preße vollständig vertraut ist, sowie auch alle anderen Prägearbeiten anfertigen kann. Einige Kenntnisse der französischen Sprache erwünscht.
R. Fomm,
Leipzig-W., Lilienstr. 18.

Ein Wink für Kranke.
Deutschland besitzt im Lamscheider Stahlbrunnen einen Heißsag ersten Ranges, der verdient, der leidenden Menschheit dauernd zugänglich gemacht zu werden. (S. Medizinalrat Prof. Dr. Siebreich).
„Das Wasser ist großartig in seinen Wirkungen. Es ist in der beigegebenen Broschüre bezügl. der Wirkungen nicht zu viel gesagt, eher zu wenig. Ich habe es angewandt gegen Verdauungsbeschwerden, Mattigkeit in den Füßen, Appetitlosigkeit, Schlaflosigkeit, Nervosität, Angstgefühl, Blutandrang nach dem Kopfe usw. Mit all dem räumt Ihr Stahlbrunnen gründlich auf.“ — „Das Lamscheider Stahlbrunnen-Wasser ist das einzige Mittel, welches mir in meinem schweren Nervenleiden Hilfe brachte.“ — „Ich wurde frischer, lebhafter. Nachdem ich alle Flaschen verbraucht hatte, war ich ein anderer Mensch.“ — Mit Freuden teile ich Ihnen mit, daß ich eine Kur gebraucht und die **ersehnte Hilfe gefunden** habe.“ — „Das Wasser kam wie ein rettender Engel, ich bin ganz glücklich, daß es mir so gut geht.“ — „Der Stahlbrunnen hat bei meiner Frau verblüffend gewirkt.“ — „Es ist für alle Leute eine wahre Wohltat.“ — „Das Wasser ist einfach köstlich und steht wohl einzig in seiner Art heilwiegend auf der ganzen Welt da.“ — Solche Worte der Anerkennung nach erfolgreichen Kuren sind der beste Beweis für die trefflichen Eigenschaften dieser Heilquelle. Kränkuren im Hause warm empfohlen. Keine Verunsicherung. Ausführliche Mitteilungen über Kurerfolge, Anwendungsgebiet und Bezug des Brunnenkostenlos durch: Lamscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf W. 123.

Stuisschreiner,
verfeßt auf Schmudeltuis, Silberkasten, Etalagen, als **Vorarbeiter** in dauernde, angenehme, selbständige Stellung nach Süddeutschland baldigt gesucht. Reise wird vergütet. Offerten mit Angabe des Alters, bisheriger Stellen, Saläransprüchen, Antritt unter K. C. 65 an die Exped. dieses Blattes.
Ein **Stuismacher** auf Vestedt-tüchtiger eingearbeitet, sofort gesucht. Offert. unter **W. W. 30** an die Exped. d. Bl.

Vertreter mit kleinem Betriebskapital an allen Orten gesucht. Näheres durch **K. Krumm, Stuttgart-Westheim 59.**
Kartonnagen-Fabrik
im Vorort Dresdens zum Inventurwert von zirka 8500 Mark zu verkaufen. Offerten unter **C. N. 600** an „Invalidentbank“, Dresden, erbeten.

Berlin! **Karton-Mieter!** Berlin!

Donnerstag, den 22. September 1910, abends 8 1/2 Uhr:
Mieter = Versammlung
im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 14/15, Saal 3.**
Tagesordnung:
1. Vortrag über: „Kartelle“. Ref.: Kollege R. Würzberger.
2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Mit kollegialem Gruß **Die Agitationskommission.**

Stottern
Neb. dauernde Beseitig. gibt Auskunft gegen Rücks. chem. schwerer (selbst geheilt.) Stott.
D. Hausdörfer, Lehr., Breslau 16 W. 35. Empfchl. von Ärzten, Geistl., Lehr. usw.

Anton Spindler, Leipzig-Th.
Vorteilhafte Bezugsquelle
in besten Rotguss-Schriften, Gravuren für Presse und Handvergoldung
Sämtliche Ueberzug- u. Vorsatzpapiere
Japanische Neuheiten
Maschinen, Werkzeuge u. Materialien zu äussersten Preisen
Beste Bedienung! Grosse Musterauswahl!

Für jeden Berufsgenossen von hohem Wert ist die **Geschichte des Deutschen Buchbinder-Verbandes und seiner Vorläufer**
Preis:
für Mitglieder 2,30 Mk.
für Nichtmitglieder 3,30 Mk.
(einschließlich Porto)

Der vorliegende 1. Band gibt einen zusammenfassenden Ueberblick über die Geschichte der Organisation in unserem Berufe bis zur Gründung des jetzigen Verbandes. Er enthält eine reichhaltige Dokumentensammlung und bietet jedem Berufsgenossen außerordentlich viel interessante Momente aus der Vergangenheit.
Ein jedes unserer Mitglieder sollte im Besitze des Werkes sein, das auch durch sein vornehmes Aeußere jeder Bibliothek zur Zierde gereicht.



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt
O. Th. Winckler, Leipzig

Inserate finden nur Aufnahme wenn ihnen der Betrag beigelegt ist.

Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige.

(Eingetragene Hilfskasse, Sitz Leipzig.)

Abrechnung des 2. Quartals 1910.

Einnahmen		Ausgaben	
An Ueberschüssen gingen ein:		An Zuschüssen nach:	
Nachen	100	Augsburg	100
Altenburg	70	Bonn	150
Annaberg	150	Birgöl	150
Altona	150	Bergen	150
Barmen	150	Bielefeld	150
Berlin	800	Brieg	100
Bremen	150	Chemnitz	200
Bieber	300	Freiberg	100
Braunschweig	100	Fürth	200
Breslau	100	Grünstadt	100
Bielefeld	200	Köln	200
Chemnitz	100	Leipzig	1000
Dresden	300	München	450
Düsseldorf	150	Mannheim	200
Elberfeld	200	M.-Glöbba	350
Fechenheim	250	Neu-Szenburg	50
Gera	100	Stuttgart	500
Hamburg	500	Stettin	125
Hildesheim	50	Schleiz	100
Hausen	50	Schwerin	200
Hagen	200	Für Krankenunterstütz. an Mitgl.	
Hanau	100	1. Klasse nach § 10 Absatz 2	92 50
Jügesheim	60	2. " " " " " 2	60 75
Kevelaer	300	3. " " " " " 2	754 99
Kandel	100	1. " " " " " 1	44 —
Konstanz	100	2. " " " " " 1	71 85
Mannheim	200	3. " " " " " 1	340 50
Magdeburg	300	Kur- und Verpflegungskosten	70 —
Mühlheim	400	im Krankenhause	70 —
Neu-Muppin	100	Beerdigungsgeld 2. Klasse	186 —
Neu-Szenburg	100	ärztliche Behandlung	66 99
Offenbach	400	Arznei	2 50
Obershausen	280	Bruchbänder	3 —
Pforzheim	100	Brillen	13 66
Regensburg	100	Heilmittel	71 72
Rumpenheim	100	Porto des Vorstehenden	87 96
Rembrüden	100	Porto des Kassierers	23 65
Schma	100	Schreibmaterial	81 41
Schleiz	200	Verschiedenes	1 10
Ulm	60	Wickstempelsteuer	7 60
Witzburg	100	1 Exempl. Entwurf der Reichs-	8 —
An Zinsen der Hypotheken	1250	versicherungsbildung	8 —
von Wertpapieren	1856 75	1 Exempl. Die Rechtsprechung	60 —
„ Strafen	9 25	in Unfallrenten-Streitsachen	58 80
„ Steuerresten	5 30	Inferate in der Sattler- und	298 50
Eintrittsgelder einzelstehender Mit-	2	Portef.-Btg. pro 1. Qu. 1910	19 50
glieder	2	200000 Quittungsmark. druck.	3 60
Steuern I. Klasse	381 50	11000 Jahresberichte 1909	32 60
„ II. „	294 30	Verwaltung von Depositionen	114 05
„ III. „	1668 40	Buchbinderarbeiten	8 —
„ IV. „	4 25	Verwaltung von Depositionen	6 —
Ertragssteuern	41 70	Zinsen und höheren Kurs bei	10 —
An Ersatz für verlorene Marken	11 20	Kauf von Wertpapieren	850 —
Summa	12994 65	Entschädigung der Revisoren	550 —
		bei Abrechn. des 1. Quart. 10	15 —
		Revision der Hauptkasse für	75 —
		den Ausschuss	18 —
		Revision des Jahresberichtes	4 68
		Gehalt des Vorstehenden	189 38
		„ des Kassierers	—
		„ des Schriftführers	—
		der Beisitzer und des	—
		stellvertret. Vorstehenden	—
		Beitrag z. Unterst.-Vereinig.	—
		Beitrag zur Zvb.-Versicherung	—
		Witzzins pro 2. Quartal 1910	—
An Kassenbestand nach Abrechnung	254097 28	Summa	8636 09
des 1. Quartals 1910.	254097 28		
Summa	267991 93		

Bilanz:

Einnahme	267 991,93 M.
Ausgabe	8 636,09 „
Kassenbestand	259 355,84 M.

Für die Richtigkeit:

Leipzig, den 2. September 1910.

Die Revisoren:

Der Kassierer:

Dito Dreßschmar, Richard Gittel.

P. Städter.

	An Krankengeld wurde ausgezahlt:		Medizin und ärztliche Behandlung		Vorhandene Fonds	
	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
Nachen	92	—	37	31	240	95
Altenburg	—	—	—	—	49	99
Annaberg	114	—	31	35	319	55
Augsburg	113	25	65	78	61	86
Altona (Elbe)	—	—	18	—	314	20
Barmen	107	50	65	52	187	10
Berlin	7287	53	629	35	1193	51
Bremen	166	—	64	01	289	40
Bonn	412	—	—	—	218	70
Bieber	1065	75	—	60	467	28
Birgöl	960	90	45	28	186	59
Bergen	629	15	221	49	183	29
Braunschweig	104	48	47	05	187	19
Buchholz	58	—	26	15	304	14
Breslau	59	—	89	86	118	35
Bielefeld	251	50	—	—	269	76
Brieg	415	75	—	—	87	30
Chemnitz	590	—	—	—	176	40
Cassel	88	25	5	—	181	08
Dresden	841	25	147	27	526	39
Dülmen	76	75	—	—	169	33
Dortmund	180	—	20	32	354	76
Düsseldorf	158	50	19	70	242	36
Elberfeld	291	90	33	32	304	88
Erlangen	411	50	—	—	76	35
Essen (Ruhr)	150	—	—	—	149	66
Flödingen	211	—	—	—	26	14
Frankfurt a. M.	958	70	81	08	241	03
Freiberg i. S.	293	—	18	17	95	24
Freiburg i. B.	387	50	7	—	286	77
Fechenheim	632	90	58	86	363	18
Fürth	442	—	—	—	126	29
Gera	44	—	2	—	162	74
Gotha	11	25	9	80	350	24
Grünstadt	208	75	6	—	40	07
Hamburg	372	30	117	—	520	52
Hannover	1510	—	193	50	817	95
Halle	183	05	54	68	404	64
Heusenstamm	127	45	—	54	112	27
Hildesheim	—	—	3	30	108	35
Hausen	238	50	—	—	225	96
Hagen	95	—	5	—	286	69
Heilbronn	380	70	—	—	220	26
Hanau	202	15	2	—	13	51
Herslohn	—	—	—	—	263	32
Jügesheim	—	—	—	—	50	90
Köln	500	22	22	12	163	20
Kirchheimbolanden	37	—	—	—	186	20
Kevelaer	470	—	—	—	715	28
Karlshöhe	175	50	—	—	149	26
Kandel	76	—	—	—	136	61
Klein-Steinheim	—	—	3	70	235	61
Konstanz	—	—	—	—	158	11
Leipzig	10108	75	279	21	1892	77
Laub	705	—	19	27	202	85
München	1446	50	141	75	61	93
Mainz	206	25	—	—	306	73
Mannheim	566	75	44	37	281	47
Magdeburg	264	20	42	05	347	44
M.-Glöbba	742	25	20	50	71	70
Mühlheim a. M.	163	95	5	—	253	64
Mürnberg	1159	80	55	78	68	08
Neu-Muppin	54	—	38	48	115	43
Neu-Szenburg	36	—	19	48	22	03
Offenbach	3934	65	346	63	1905	56
Obershausen	607	50	16	53	47	57
Pforzheim	13	05	9	42	195	81
Reutlingen	66	—	—	—	358	71
Regensburg	361	75	—	—	161	12
Rumpenheim	111	75	75	88	62	04
Rembrüden	46	—	15	50	90	34
Schma	47	—	9	20	108	06
Solingen	26	50	5	30	139	10
Stuttgart	2957	20	130	11	1002	27
Stettin	244	50	120	03	34	23
Schleiz	360	50	8	85	99	27
Schwerin	120	—	10	50	21	64
Ulm	30	—	—	—	114	63
Wiesbaden	20	—	6	20	224	80
Witzburg	152	50	—	—	188	96
Summa	47913	58*	3512	19	21661	84

An Beerdigungsgeld wurde ausgezahlt:

Berlin
